

DEUTSCHER INDUSTRIE- UND
HANDELSKAMMERTAG E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS E. V.
Mohrenstr. 20/21
10117 Berlin

BUNDESVERBAND DEUTSCHER
BANKEN E. V.
Burgstr. 28
10178 Berlin

HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND (HDE)
DER EINZELHANDEL E. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN
INDUSTRIE E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN
ARBEITGEBERVERBÄNDE E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN
VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT E. V.
Wilhelmstr. 43/43G
10117 Berlin

BUNDESVERBAND GROSSHANDEL,
AUSSENHANDEL, DIENSTLEISTUNGEN E. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Frau Katja Hessel, MdB
Vorsitzende des Finanzausschusses
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Per E-Mail: finanzausschuss@bundestag.de

22. Oktober 2020

Stellungnahme zum Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020 (JStG 2020)

Sehr geehrte Frau Hessel,

wir begrüßen das Ziel der Bundesregierung, mit dem Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020 zeitnah zu anstehenden steuerlichen Fragen Rechtsicherheit und -klarheit zu schaffen. In der Anlage haben wir zu den für unsere Unternehmen relevanten Sachverhalten Verbesserungsvorschläge unterbreitet und Änderungsbedarfe angemeldet.

Zugleich möchten wir hervorheben, dass wir weitere steuerliche Maßnahmen für erforderlich halten, damit die Unternehmen erfolgreich durch die gegenwärtige Corona-Krise kommen, was sich gerade aktuell erneut als große Herausforderung herausstellt. In der Steuerpolitik sollte aber auch nicht aus dem Blick verloren werden, dass Entlastungen für Unternehmen auf die Agenda gehören, damit unsere Unternehmen im internationalen (Steuer-)Wettbewerb bestehen können.

Aus Sicht der Unternehmen hat gegenwärtig die Stärkung von Liquidität und Eigenkapital und damit die Sicherung des Unternehmensfortbestandes sowie der Arbeitsplätze oberste Priorität.

Die bisher beschlossenen Maßnahmen in den Corona-Steuerhilfegesetzen unterstützen dies. Insbesondere eine weitere Verbesserung beim Verlustrücktrag würde allerdings den stark von der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen enorm helfen. Wenn hier die Begrenzung des rücktragsfähigen Verlustes aufgehoben oder zumindest weiter erhöht und die zeitliche Rücktragsmöglichkeit mindestens auf zwei Jahre erhöht würden, wäre dies für die betroffenen Unternehmen ggf. die effektivste Hilfsmaßnahme. Denn so könnte sehr schnell und zielgerichtet die Liquidität in diesen Betrieben erhöht und mittelbar deren Eigenkapital gestärkt werden.

Belastend wirkt auf viele Unternehmen, dass unabhängig von aktuellen Corona-bedingten Herausforderungen eine Reihe von steuerlichen Änderungen „offen“ sind. Zu wichtigen steuerrechtlichen Aspekten sind Gesetzesinitiativen in Vorbereitung, die das Potenzial haben, Unternehmen zusätzlich zu belasten. Das betrifft zum Beispiel die Umsetzung der Anti Tax Avoidance Directive (ATAD) der EU-Kommission. Soweit daran gedacht wird, im weiteren Gesetzgebungsverfahren des JStG 2020 noch Regelungen zur Umsetzung dieser Richtlinie aufzunehmen, empfehlen wir dringend, sich auf eine 1:1-Umsetzung der Richtlinie zu beschränken und die Niedrigsteuergrenze bei der Hinzurechnungsbesteuerung auf 15 Prozent zu reduzieren. Alles andere würde die hiesigen Unternehmen im Vergleich zu ihren Wettbewerbern im Ausland benachteiligen.

Sorgen bereiten derzeit vielen Familienunternehmen die Regelungen des Erbschaftsteuerrechts. Denn für viele dieser Betriebe ist es in der Corona-Krise unvermeidlich, für Mitarbeiter Kurzarbeit zu beantragen. Es ist nicht auszuschließen, dass dies erhebliche Auswirkungen auf die im Erbschaftsteuerrecht verankerten Verschonungsregeln für das Betriebsvermögen hat, weil die Vorgaben für die aufrechtzuerhaltende Lohnsumme des Betriebes nicht eingehalten werden können. Diesen Zusammenhang hat auch der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates in seiner Beschlussempfehlung angesprochen (vgl. Nr. 64 der sog. Strichdrucksache). Durch die von der Corona-Krise ausgelösten Probleme bei der Einhaltung der Lohnsummen sollten nicht noch durch zusätzliche Steuernachforderungen verschärft werden.

Es bleibt dabei, dass administrative und bürokratische Belastungen für viele Unternehmen zu einem immer größeren Problem werden. Deshalb hat viele Unternehmen der Vorschlag des Bundesrates irritiert, der nicht nur die Schaffung einer einheitlichen Datenschnittstelle für die elektronische Kommunikation zwischen Unternehmen und Finanzverwaltung beinhaltet, sondern auch eine Vereinheitlichung der elektronischen Aufbewahrung von Unterlagen bei den Unternehmen vorsieht (vgl. Nr. 52 der Stellungnahme des Bundesrates zum JStG 2020). Die Bereitstellung einer einheitlichen Datenschnittstelle ermöglicht einen besseren Austausch von steuerlichen Daten und könnte in einem positiven Sinn zu einer Beschleunigung der Besteuerung und damit zu schnellerer Rechtssicherheit für Unternehmen führen. Hingegen ist eine Vereinheitlichung der unternehmensinternen Aufbewahrungs- und Archivstrukturen nicht notwendig, da alle steuer-

relevanten Daten bereits über die Datenschnittstelle vollumfänglich der Finanzverwaltung zur Verfügung stehen. Zudem ist es nicht möglich, die mitunter über Jahrzehnte gewachsenen und an den speziellen betrieblichen Bedürfnissen ausgerichteten Buchführungs- und Archivsysteme aller Unternehmen in Deutschland, d. h. aller Größen, Rechtsformen und Branchen, einem einheitlichen Maßstab unterzuordnen. Hier sollten die Digitalisierungsstrategien und -vorhaben der Unternehmen staatlicherseits nicht konterkariert werden.

Für Rückfragen zu unseren Ausführungen in der nachfolgenden Anlage stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHER INDUSTRIE- UND
HANDELSKAMMERTAG E. V.

BUNDESVERBAND
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V.

ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN
HANDWERKS E. V.

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN
ARBEITGEBERVERBÄNDE E. V.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER
BANKEN E. V.

GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN
VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT E. V.

HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND (HDE)
DER EINZELHANDEL E. V.

BUNDESVERBAND GROSSHANDEL,
AUSSENHANDEL, DIENSTLEISTUNGEN E. V.

Erläuterungen zu den einzelnen Regelungen im Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020

Inhaltsverzeichnis

I. Zum Gesetzentwurf	3
Zu Artikel 1: Änderung des Einkommensteuergesetzes.....	3
Anpassung 7g-Rücklage	3
Zusätzlichkeitserfordernis von Sachbezügen.....	5
Zu Artikel 2: Weitere Änderungen des Einkommensteuergesetzes	6
Pauschalbesteuerung von Freifahrtberechtigungen.....	6
Nachschüssig gezahlte Renten	7
Ergänzung des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens	7
Rückabwicklung unrichtiger Steuerbescheinigungen	8
Sonderausgabenabzug von Pflichtbeiträgen	11
Zu Artikel 3: Weitere Änderungen des Einkommensteuergesetzes	12
Elektronische Übermittlung der privaten Krankenversicherungsbeträge	12
Zu Artikel 6: Änderung des Gewerbesteuergesetzes	12
Gewerbesteuerliche Verrechenbarkeit von Verlusten aus Personengesellschaftsbeteiligungen für Lebens- und Krankenversicherungen sowie Pensionsfonds.....	12
Zu Artikel 8: Änderung des Umsatzsteuergesetzes	13
Rechnungsberichtigung kein rückwirkendes Ereignis	13
Zu Artikeln 10, 11, 13, 15, 19, 20 und 21: Umsetzung des MwSt-Digitalpakets	15
Zu Artikel 9: Änderung des Umsatzsteuergesetzes	16
Steuerbefreiung auf berufliche Einrichtungen des Handwerks, des Handels und anderer Branchen ausdehnen	16
Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Telekommunikationsleistungen	16
Zu Artikel 10: Weitere Änderungen des Umsatzsteuergesetzes	17
Einführung besonderer Besteuerungsverfahren	17
Einführung eines besonderen Besteuerungsverfahrens für innergemeinschaftliche Fernverkäufe	19
Zu Artikel 11: Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes	20
Einführung der Lieferkettenfiktion für Plattformbetreiber (elektronische Schnittstelle).....	20
Bestätigungsverfahren für Betreiber eines elektronischen Marktplatzes	21

Besondere Aufzeichnungspflichten.....	21
Haftung beim Handel über eine elektronische Schnittstelle	22
Zu Artikel 26: Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes.....	23
Verschärfung der Regelungen zu Verspätungszuschlägen	23
Zu Artikel 28: Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz.....	24
Verschonungsregelung für Betriebsvermögen (ergänzender Vorschlag)	24
Haftung für Erbschaft- und Schenkungsteuer (ergänzender Vorschlag)	26
Anzeigen von Versicherungsunternehmen (ergänzende Vorschläge).....	27
II. Zur Stellungnahme des Bundesrates vom 9.10.2020.....	28
Zu Nr. 3: Zu Art. 1 Nr. 1a - neu - Buchstabe a - neu -und Buchstabe b - neu -, Nummer 14 Buchstabe a1 - neu – (§ 6 Absatz 2 Satz 1, Absatz 2a, § 52 Absatz 12 Satz 5a - neu -, Satz 8 - neu - , Satz 9 - neu - EStG) – Anhebung Grenze geringwertige Wirtschaftsgüter.....	28
Zu Nr. 10. Zu Art. 1 (§ 20 Abs. 6 Satz 5 und 6 EStG) – Verlustverrechnungsbeschränkung.....	29
Zu Nr. 36: Zu Art. 9 Nr. 2 Buchst. b1- neu – (§ 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG) – Streichung des Bescheinigungsverfahrens bei Bildungsleistungen	30
Zu Nr. 52 Neueinfügung § 147b AO	31
III. Ergänzender Regelungsbedarf.....	34
§ 10d EStG – Verlustrücktrag.....	34
Thesaurierungsbegünstigung, Optionsmodell.....	34
Korrektur Korrespondenzprinzip in Dreiecksfällen, § 8b Abs. 1 Satz 4 KStG	35
Berücksichtigung von Währungskursverlusten, § 8b Abs. 3 Satz 4 KStG	36
Umsatzsteuerliche Behandlung des Handels mit Zertifikate nach dem Brennstoffhandelsgesetz (BEHG).....	36

I. Zum Gesetzentwurf

Zu Artikel 1: Änderung des Einkommensteuergesetzes

Nr. 1 – § 7g EStG-E

Anpassung 7g-Rücklage

Die Änderungen in Abs. 1 Satz 1 erweitern und vereinfachen den Spielraum zur Bildung von Investitionsabzugsbeträgen (IAB) und auch von Sonderabschreibungen. Dies ist positiv. Unterstützend könnte noch wirken, wenn die abzugsfähigen Kosten noch weiter erhöht werden. So könnte gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ein weiterer Nutzungsspielraum der IABs auf der einen Seite zusätzliche Investitionen schaffen und auf der anderen Seite den investierenden Unternehmen weiter entlasten.

Petitum: Die abzugsfähigen Kosten sollten erhöht werden.

Durch die Einführung einer einheitlichen Gewinngrenze in Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 wird ein zielgenaueres und bürokratieärmeres Abgrenzungskriterium geschaffen. Im Ergebnis sollte aus unserer Sicht die Regelung dazu führen, dass mehr Unternehmen in den Genuss eines IABs kommen können.

Petitum: Die Gewinnobergrenze könnte erhöht werden und so den Anwendungsbereich für noch mehr Unternehmen öffnen.

Die neue Regelung in Abs. 2 Satz 2 schränkt den Anwendungsbereich des IAB ein. Nach der Begründung des Referentenentwurfs sollen „ungewollte Gestaltungen“, also die nachträgliche Bildung eines IAB eingegrenzt werden. Nach der ständigen Rechtsprechung des BFH (z. B. Urteil vom 20.6.2012, BStBl II 2013, 719) ist jedoch eine uneingeschränkte nachträgliche Geltendmachung von IABs nicht möglich. Die Geltendmachung von IABs nach der erstmaligen Steuerfestsetzung scheidet bereits jetzt in den folgenden Fällen aus:

- Die Investitionsfrist ist bei Antragstellung bereits abgelaufen oder läuft in Kürze aus.
- Der Abzug wird mehr als drei Jahre (taggenaue Berechnung) nach Durchführung der Investition beantragt (BFH Urteil vom 17.6.2010, BStBl II 2013, 8) oder die Nachholung dient erkennbar dem Ausgleich von nachträglichen Einkommenserhöhungen (z. B. nach einer Betriebsprüfung, vgl. BFH-Urteil vom 29.4.2008, BStBl II 2008, 747).

Aus unserer Sicht sollte die nachträgliche Bildung von IABs nicht über diese Grundsätze hinaus eingeschränkt werden. Der BFH hat insbesondere zur Geltendmachung eines IABs

im Anschluss an eine Außenprüfung zur Kompensation von Gewinnerhöhungen Stellung genommen und kam zu dem Ergebnis, dass die Gewährung eines IABs nicht deshalb ausgeschlossen sei, weil der Steuerpflichtige die Begünstigung im Anschluss an eine Außenprüfung zur Kompensation der von diesen ermittelten Gewinnerhöhungen geltend macht; BFH-Urteil vom 23.3.2016 (IV R 9/14, BStBl II 2016, 769). Im Ergebnis fördert die bisherige Handhabung die Vornahme von Investitionen, da zusätzliche Liquidität entsteht. Dies war der Wille des Gesetzgebers.

Petition: In Zeiten der Corona-Pandemie sollte die Möglichkeit der Bildung eines nachträglichen IABs nicht eingeschränkt, sondern möglichst flexibel ausgestaltet werden, um zusätzliche Liquidität zu schaffen.

Die Regelung in Abs. 7 Satz 2 und 3 neu schränkt den Spielraum von Personengesellschaften zur Nutzung eines IAB ein. Die bisherige Handhabung nach der BFH-Rechtsprechung ist die Konsequenz aus dem Wortlaut der Norm, wonach anstelle des „Steuerpflichtigen“ die „Gesellschaft“ tritt. Zum Betriebsvermögen einer Personengesellschaft gehört steuerlich nicht nur das Gesamthandsvermögen der Gesellschaft, sondern auch das Sonderbetriebsvermögen der Gesellschafter. Es besteht somit kein Anlass, die Übertragung eines von der Personengesellschaft gebildeten IAB auf Anschaffungen im Sonderbetriebsvermögen zu verweigern. Eine Einschränkung dieser Grundsätze entspricht unseres Erachtens nicht dem Besteuerungsregime von Personengesellschaften und ist daher abzulehnen.

Petition: Die Übertragung eines von der Personengesellschaft gebildeten IAB auf Anschaffungen im Sonderbetriebsvermögen sollte möglich bleiben.

Ergänzung:

Ergänzend zur bestehenden Regelung in § 7g Abs. 5 EStG, wonach neben der Sonderabschreibung die lineare oder degressive AfA geltend gemacht werden kann, regen wir eine Klarstellung in § 7c EStG (Sonderabschreibung von E-Lieferwagen) an. Hier ist es nach der derzeitigen Regelung nur möglich, neben der Sonderabschreibung die lineare AfA geltend zu machen, die Erweiterung auf die degressive AfA wurde nach deren Wiedereinführung nicht vorgenommen. Eine redaktionelle gesetzliche Klarstellung wäre sinnvoll, um einen Gleichklang mit § 7g Abs. 5 EStG herzustellen.

Nr. 3 – § 8 Abs. 4 EStG-E

Zusätzlichkeitserfordernis von Sachbezügen

Mit der beabsichtigten Definition des Kriteriums „zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn“ versucht der Gesetzgeber zwar, mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Allerdings überschreibt der Gesetzesentwurf dadurch Entscheidungen des BFH (Urteile vom 1.8.2019 (VI R 32/18, VI R 21/17 [NV] und VI R 40/17 [NV]), die unter bestimmten Voraussetzungen eine Gehaltsumwandlung steuerfrei zulassen.

Statt eine Umsetzung der Rechtsprechung des BFH anzustreben, schließt ein derart definiertes Zusätzlichkeitskriterium jedoch Gehaltsumwandlungen aus und schränkt damit die politisch gewünschte Lenkungswirkung der Steuerbefreiung für bestimmte Arbeitgeberleistungen ein. Der Gesetzgeber hat die Steuerbegünstigungen für Arbeitgeberzuwendungen im § 3 EStG geschaffen, damit diese im Sinne einer Lenkungswirkung genutzt werden. Dies gilt insbesondere für Arbeitgeberleistungen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel (§ 3 Nr. 15 EStG), für die Überlassung eines betrieblichen Fahrrads zur privaten Nutzung (§ 3 Nr. 37 EStG) und für das elektrische Aufladen eines Elektro- oder Hybridelektrofahrzeuges im Betrieb des Arbeitgebers und die private Nutzung einer betrieblichen Ladevorrichtung (§ 3 Nr. 46 EStG). Diese Arbeitgeberleistungen sind auch gängige Wege zur langfristigen Mitarbeiterbindung. Um in diesem Sinn effektiv wirken zu können, müssen die Regelungen des § 3 EStG auch anwendbar sein.

Kritisch wird von den Unternehmen auch die Rückwirkung für das Jahr 2020 oder sogar auf alle offenen Fälle gesehen, wie es der Bundesrat in seiner Stellungnahme anregt (vgl. dort unter Nr. 15). Dies würde dazu führen, dass Arbeitgeber bereits abgerechnete Vorgänge rückwirkend überprüfen und ggf. nachversteuern müssten. Dies sollte aus Vertrauensschutzgründen unterbleiben.

Petition: Die Regelung in § 8 Abs. 4 EStG-E sollte erst ab 2021 gelten. Zudem sollte klar gestellt werden, dass eine „zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn“ erbrachte Leistung auch dann vorliegen kann, wenn ein entsprechender arbeitsrechtlicher Anspruch (z. B. in einem Tarifvertrag) besteht (vgl. BMF-Schreiben vom 22.5.2013, BStBl I 2013, Seite 728). Für eine zweckmäßige Anwendung der genannten Regelungen des § 3 EStG sollte zumindest das Zusätzlichkeitserfordernis gestrichen werden. Wir bitten weiterhin, unter Beibehaltung der R 3.33 Abs. 5 S. 4 LStR klarzustellen, dass eine zusätzliche Leistung auch dann vorliegt, wenn eine Leistung unter Anrechnung auf eine andere freiwillige Sonderzahlung (z. B. freiwilliges Weihnachtsgeld) erbracht wird.

Zu Artikel 2: Weitere Änderungen des Einkommensteuergesetzes

Nr. 10 – § 40 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 EStG-E

Pauschalbesteuerung von Freifahrtberechtigungen

Eine Änderung des § 40 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 EStG soll ermöglichen, dass Freifahrtberechtigungen von Soldaten im Nah- und Fernverkehr mit 25 Prozent pauschalversteuert werden können, ohne dass sich dies auf den Werbungskostenabzug auswirkt. Nach der Gesetzesbegründung ist dies geboten, weil eine „individuelle Versteuerung dieser Fahrten nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist“.

Genau diesen unverhältnismäßigen Aufwand mutet der Gesetzgeber aber derzeit allen Arbeitgebern zu, die ihren Mitarbeitern eine BahnCard überlassen. Rz. 19 des BMF-Schreibens vom 15.8.2019 (BStBl I 2019, Seite 875) muss der Arbeitgeber eine sog. Amortisationsprognose (Vollamortisation bzw. Teilamortisation) treffen und bei Teilamortisation die BahnCard zunächst in voller Höhe als steuerpflichtigen Arbeitslohn dem Lohnsteuerabzug unterwerfen. Bei ersparten Reisekosten kann dann – nach und nach – eine Korrektur des versteuerten Arbeitslohns erfolgen. Nach Ablauf des Kalenderjahres ist dies aber nicht mehr möglich (§ 41c Abs. 3 EStG). Wie problematisch solche Prognosen sind, kann derzeit beobachtet werden, da eine Vielzahl der Dienstreisen – entgegen den getroffenen Prognosen – Corona-bedingt nicht stattfinden.

Es ist zu begrüßen, dass der Gesetzgeber erkannt hat, wie unverhältnismäßig der Aufwand ist und Vereinfachungsmöglichkeiten für die Bundeswehr schafft. Von diesen Vereinfachungsmöglichkeiten sollten aber auch alle anderen Arbeitgeber profitieren. Dies entspricht nicht nur unserem Verständnis des Gleichheitsgrundsatzes, sondern würde es den Arbeitgebern in den aufgezeigten Teilamortisationsfällen ermöglichen, auch im Folgejahr noch Korrekturen vorzunehmen. Dies trägt auch zu einer weitergehenden Förderung umweltfreundlicher Mobilität und flexibler Arbeits- und Mobilitätskonzepte bei. Dies wäre zudem ein Beitrag zum Bürokratieabbau.

Petition: Die Pauschalierung nach § 40 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 EStG-E sollte nicht nur für Soldaten in Uniform, sondern auch Arbeitgebern zugänglich gemacht werden, die ihren Mitarbeitern entsprechende Fahrberechtigungen (BahnCard) zur Verfügung stellen.

Nr. 4 - § 22 Nummer 1 Satz 3 Buchstabe a EStG-E

Nachschüssig gezahlte Renten

Durch die geplante Neuregelung sind Rentenzahlungen für den Sterbemonat noch der verstorbenen Person zuzurechnen, auch wenn die Rentenzahlung erst nach dem Todestag erfolgt. Die Rentenbezugsmitteilung ist ausschließlich für die verstorbene Person zu übermitteln. Nachschüssig zahlende mitteilungspflichtige Stellen sollen damit auf die Ermittlung der Erben verzichten können. Dies führt nicht nur bei der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch bei den Trägern der privaten und betrieblichen Altersvorsorge zu einer erheblichen Reduzierung des Verwaltungsmehraufwandes, da die Erben nun nicht mehr ermittelt werden müssen. Die Steuerpflicht der Rentenzahlungen bleibt dennoch gewahrt.

Petitum: Die Regelung sollte umgesetzt werden.

Nr. 5 – § 22a Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 EStG-E

Ergänzung des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens

Durch die geplante Neuregelung in § 22a Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 EStG-E soll das bereits bestehende Kontroll- und Abzugsverfahren nach § 50a Abs. 7 EStG dahingehend ergänzt werden, dass ab 2022 die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge bei ins Ausland gezahlte Renten zusätzlich im Rahmen des Rentenbezugsmitteilungsverfahrens nach § 22a EStG mitgeteilt werden müssen.

Hierdurch würde das Meldeverfahren für die Unternehmen ausgeweitet, ohne dass hierdurch ein Mehrwert entsteht, der den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt.

Nach § 50a Abs. 7 EStG kann das Finanzamt des Vergütungsgläubigers anordnen, dass der Schuldner der Vergütung für Rechnung des Gläubigers (Steuerschuldner) die Einkommensteuer von beschränkt steuerpflichtigen Einkünften, soweit diese nicht bereits dem Steuerabzug unterliegen, im Wege des Steuerabzugs einzubehalten und abzuführen hat, wenn dies zur Sicherung des Steueranspruchs zweckmäßig ist. Der Steuerabzug beträgt bei natürlichen Personen 25 Prozent der Einnahmen. Das Finanzamt kann die Höhe des Steuerabzugs aber auch hiervon abweichend an die voraussichtlich geschuldete Steuer anpassen (individueller Steuerersatz).

Bereits durch diese Regelung ist der Steueranspruch des Fiskus ausreichend sichergestellt, so dass es keiner zusätzlichen Rentenbezugsmeldung bedarf. Hinzu kommt, dass die entsprechenden Kundendaten und die Zahlungen der mitteilungspflichtigen Stellen dem Finanzamt

vorliegen, weshalb es dem Finanzamt ein Leichtes wäre, die für das Rentenbezugsmitteilungsverfahren benötigten Daten per Datensatz zusammenzustellen und der Zentralen Stelle zur Verfügung zu stellen. Dies würde die mitteilungspflichtigen Stellen von der Einrichtung und Durchführung einer weiteren Datensatzmeldung entlasten und den zunehmenden verdeckten öffentlichen Bedarf nicht vermehren.

Petition: Die geplante Neuregelung in § 22a Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 EStG-E ist zu streichen.

Nr. 11 – § 45a Abs. 6 EStG-E

Rückabwicklung unrichtiger Steuerbescheinigungen

Ist eine Steuerbescheinigung unrichtig, hat der Aussteller der Bescheinigung diese durch eine berichtigte Bescheinigung zu ersetzen. Nach derzeitiger Rechtslage hat der Aussteller in diesem Falle zudem die unrichtige Bescheinigung vom Empfänger zurückzufordern, wenn es sich um eine Bescheinigung in Papierform handelt. Hält sich der Empfänger daran, ist die Sache für den Aussteller erledigt. Hält sich der Empfänger jedoch nicht daran und ist ein Monat seit Zusendung der berichtigten Bescheinigung vergangen, hat der Aussteller dasjenige Finanzamt (schriftlich) zu benachrichtigen, das nach seinen Unterlagen für den Empfänger zuständig ist (§ 44a Abs. 6 EStG).

Diese Regelung soll in Zukunft nicht mehr gelten. Durch die geplante gesetzliche Änderung des § 45a Abs. 6 EStG soll zukünftig bei Berichtigungen von Steuerbescheinigungen der Aussteller verpflichtet werden, generell sein eigenes Betriebsstättenfinanzamt über die Berichtigung zu informieren, nicht mehr das Finanzamt des Empfängers der Steuerbescheinigung. Dies soll unabhängig davon gelten, ob die Steuerbescheinigung in Papierform oder elektronisch erstellt wurde. Die Neuregelung soll auf Kapitalerträge anzuwenden sein, die nach dem 31.12.2021 zufließen (§ 52 Abs. 44a Satz 2 EStG i.V.m. Art. 34 Abs. 3 des Regierungsentwurfes).

Die Mitteilung an das Betriebsstättenfinanzamt soll nach dem neu gefassten § 45a Abs. 6 Satz 3 EStG-E „unverzüglich nach Maßgabe des § 93c AO“ erfolgen und neben den in § 93c Abs. 1 AO genannten Angaben ergänzend die neuen Angaben des § 45a Abs. 6 Satz 3 Nr. 1 bis 3 EStG enthalten.

Würde das Vorhaben so umgesetzt, würde das eine grundlegende Änderung des bisherigen Verfahrens bei einer Berichtigung von Steuerbescheinigungen bedeuten.

Die Regelung erscheint zunächst schon systematisch fraglich, da durch sie künftig die Anonymität der Abgeltungsteuer unterlaufen werden könnte, die ein erklärtes Ziel ihrer Einführung war (vgl. Gesetzesbegründung zum Entwurf des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008, BT-Drs. 16/4841 vom 27.3.2007, S. 33). Die Erträge aus der berichtigten Steuerbescheinigung könnten – anders als bei der bisherigen Regelung – einzelnen Steuerpflichtigen direkt zugeordnet werden (mit Hilfe ihrer Steuer-Identifikationsnummer). Bisher melden die Aussteller der Steuerbescheinigung dem Bundeszentralamt für Steuern nach § 45d EStG nur die Erträge, die aufgrund eines Freistellungsauftrages bzw. einer Nichtveranlagungsbescheinigung freigestellt sind.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine Neuregelung von § 45a Abs. 6 EStG in angemessenem Verhältnis zu den Fällen steht, aus denen sich in der Praxis die Ausstellung von berichtigten Bescheinigungen ergibt. Unseres Erachtens wird in den geplanten Änderungen zu § 45a Abs. 6 EStG-E nicht ausreichend danach differenziert, aus welchem Grund es zur Korrektur einer Steuerbescheinigung kommt. Auszahlung und Kapitalertragsteuereinbehalt, beispielsweise bei Erträgen aus Versicherungsverträgen im Sinne von § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG, erfolgen einmalig. Eine Berichtigung von Steuerbescheinigungen ergibt sich hier in der weit überwiegenden Zahl der Fälle dadurch, dass Kunden nachträglich Befreiungstatbestände geltend machen (insbesondere einen Freistellungsauftrag nachreichen), so dass es zu einer Korrektur des Steuerabzugs zugunsten der Kunden kommt, d. h. nicht zu seinen Ungunsten. Kunden senden in diesem Falle die ursprüngliche Steuerbescheinigung regelmäßig anstandslos an die Versicherungsunternehmen zurück. Weiter ergeben sich hier durch die Berichtigung der Steuerbescheinigung regelmäßig keine Veranlagungsfälle (in den Fällen einer begünstigten Besteuerung von Versicherungsverträgen gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG findet eine abschließende Besteuerung der Kapitalerträge in jedem Fall erst in der Veranlagung statt).

Im Übrigen wird in dem Gesetzesvorschlag Folgendes nicht geregelt:

1. Es bleibt unklar, welche Frist unter der Bezeichnung „unverzüglich“ zu verstehen ist. Wir gehen davon aus, dass damit nicht die Frist nach § 93c Abs. 1 Nr. 1 AO (Ende Februar des Folgejahres) gemeint ist. Es besteht kein sachlicher Grund, eine solche Verschärfung gegenüber der bisherigen Regelung vorzusehen, zumal an die Nichtbefolgung nach § 45a Abs. 7 EStG gravierende Rechtsfolgen geknüpft werden. Insbesondere im Bereich der Kreditinstitute besteht der Grund für die Berichtigung von Steuerbescheinigungen in den meisten Fällen in geänderten Informationen, die über externe Dienstleister übermittelt

- werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte daher ein angemessener Zeitraum definiert werden, z. B. Meldung spätestens drei Monate ab Kenntnis des Ausstellers von den Berichtigungsgründen.
2. Hinsichtlich der weiteren erforderlichen „Angaben“ im Sinne von § 93c Abs. 1 AO erscheinen u. E. die Angaben des § 93c Abs. 1 Nr. 2 AO ausreichend. Wir gehen nicht davon aus, dass auch die Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten der mitteilungs- pflichtigen Stellen des § 93c Abs. 1 Nr. 4 AO mit umfasst sind. Dies sollte klargestellt werden.
 3. Es gibt keinen klaren Hinweis darauf, in welcher Form die Meldung durch den Aussteller der Steuerbescheinigung zu erfolgen hat (d. h. ob in Papierform oder elektronisch). Allein der Verweis auf § 93c AO ist u. E. nicht eindeutig.
 4. Sofern die Meldung elektronisch zu erfolgen hat, müsste von der Finanzverwaltung hierzu ein neuer Datensatz bereitgestellt werden. Weder der Gesetzentwurf noch die Gesetzesbegründung enthält hierzu Angaben oder Hinweise.
 5. Nicht ganz klar ist auch der tatsächliche Meldeweg. Die Meldung soll in Zukunft an das Betriebsstättenfinanzamt des Ausstellers (bzw. bei Steuerausländern an das Bundes- zentralamt für Steuern, BZSt) geschickt werden. Die bisherigen Datensätze nach § 93c AO gehen grundsätzlich an das BZSt. Nach § 93c Abs. 1 Nr. 1 AO soll der Datensatz an die amtlich bestimmte Schnittstelle gehen. Es ist damit fraglich, ob das Betriebsstät- tenfinanzamt die amtlich bestimmte Schnittstelle ist. Wenn eine elektronische Meldung verpflichtend sein soll, plädieren wir für eine generelle Übermittlung an eine zentrale Stelle (z. B. an das BZSt, das dann die Weiterleitung an das zuständige Finanzamt vornimmt), d. h. nicht unterschieden danach, ob es sich um unbeschränkt oder beschränkt Steuer- pflichtige handelt. Sonst müsste in den Datensatz zusätzlich ein Merkmal aufgenommen werden, ob es sich um eine beschränkt steuerpflichtige Person handelt.
 6. Nicht eindeutig ist schließlich, ob der Verweis auf § 93c AO zur Folge hat, dass auch die Korrekturvorschriften des § 93c AO anwendbar sind.
 7. Bezüglich der nach § 93c Abs. 1 Nr. 3 AO erforderlichen Kundeninformation stellt sich die Frage, ob der Kunde eine Kopie der Meldung an die Steuerbehörden erhalten muss. Hier sollte ein allgemeiner Hinweistext bspw. bei Übersendung der berichtigten Bescheinigung ausreichen, dass eine Meldung erfolgen wird (analog zu den unentgeltlichen Depotüber- tragsformularen; vgl. Rz. 166 des Anwendungsschreibens zur Abgeltungsteuer).

Aufgrund der erheblichen Eingriffe in die bisherige Denklöge des Verfahrens wird sich für die Einrichtung des neuen Datensatzes für die berichtigte Steuerbescheinigung ein hoher Erfüllungsaufwand (Einrichtungsaufwand) ergeben.

Die Meldepflicht soll für alle Kapitalerträge gelten, die ab dem 1.1.2023 zufließen. Wir weisen darauf hin, dass Meldesatz- und Schnittstellenbeschreibung damit spätestens Ende 2021 vorliegen müssen, damit die Programmierungen rechtzeitig vorgenommen und berichtigte Steuerbescheinigungen im Jahre 2023 übermittelt werden könnten.

Petition: Eine Umstellung des Verfahrens bei der Berichtigung von Steuerbescheinigungen wird abgelehnt. Es sollte lediglich das bisherige Verfahren zur Papierbescheinigung auf elektronische Bescheinigungen ausgeweitet werden.

Hilfsweise sollten in § 45a Abs. 6 EStG Ausnahmetatbestände für die Fälle formuliert werden, in denen eine Meldung gemäß § 45a Abs. 6 Satz 3 und 4 EStG-E nicht erforderlich ist, weil die bisherige Bescheinigung erfolgreich zurückgefordert wurde.

Sollte auf eine grundsätzliche Neuregelung nicht verzichtet werden, sollten zudem die vorstehend erläuterten Problempunkte geklärt werden.

Nr. 12 – § 50 Abs. 1a EStG-E

Sonderausgabenabzug von Pflichtbeiträgen

Mit der Ergänzung des § 50 EStG um einen Absatz 1a wird die EuGH-Entscheidung „Montag“ gesetzlich umgesetzt. Beiträge an berufsständische Versorgungseinrichtungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a EStG sind danach abweichend von der bisherigen Regelung auch bei beschränkt Steuerpflichtigen als Sonderausgaben zu berücksichtigen, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt werden. Die Begrenzung der Anwendung der Neuregelung auf die genannten Staatsangehörigen mit entsprechendem Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt resultiert aus den Anforderungen des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie des im Verhältnis zur Schweiz geltenden Freizügigkeitsabkommens in Bezug auf die Niederlassungsfreiheit.

Im Gegensatz zur EU-konformen Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung zum Sonderausgabenabzug fehlt noch immer eine analoge EU-konforme gesetzliche Regelung zum Wegzug ins Ausland bei Riester-Verträgen. Danach liegt eine schädliche Verwendung (nur) vor, wenn sich

der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des Zulageberechtigten außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Staaten befindet, auf die das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) anwendbar ist.

Petition: Die in § 50 Abs. 1a EStG-E geplante Umsetzung der aktuellen EuGH-Rechtsprechung sollte auch bei der Wegzugsbesteuerung bei Riester (§ 95 EStG) berücksichtigt werden.

Zu Artikel 3: Weitere Änderungen des Einkommensteuergesetzes

Nr. 1 – § 39 Abs. 4 Nr. 4 EStG-E

Elektronische Übermittlung der privaten Krankenversicherungsbeträge

Um die Entgeltabrechnung von privat kranken- und pflegeversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu digitalisieren, wird ein neuer Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Krankenversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern etabliert, der im Lohnsteuerabzugsverfahren die bestehenden Verfahren mittels Papierbescheinigungen vollständig ersetzt. Dieser neue Datenaustausch soll auf der Basis der bestehenden Dateninfrastruktur des Verfahrens der Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) umgesetzt und in einem Pilotprojekt ab dem 1.1.2023 erstmals mit Echtdaten angewendet werden. Der Regelbetrieb für alle Arbeitgeber ist ab dem 1.1.2024 geplant.

Petition: Wir begrüßen den vorgesehenen Ausbau des ELStAM-Verfahrens, womit eine wesentliche Lücke in der elektronischen Lohnsteuerkarte geschlossen und der Einsatz von Papierbescheinigungen weiter reduziert werden kann. Zugleich plädieren wir dafür – aufbauend auf den positiven Erfahrungen der ELStAM-Einführung in den Jahren 2012/13 – frühzeitig die betriebliche Praxis (insbesondere Arbeitgeber und Unternehmen der Privaten Krankenversicherung) und die Spitzenorganisationen der Wirtschaft in die konkrete Ausgestaltung des digitalen Verfahrens und vor allem in das Pilotprojekt eng einzubinden.

Zu Artikel 6: Änderung des Gewerbesteuergesetzes

Nr. 1 – § 8 Nr. 8 GewStG-E

Gewerbesteuerliche Verrechenbarkeit von Verlusten aus Personengesellschaftsbeteiligungen für Lebens- und Krankenversicherungen sowie Pensionsfonds

Die im Regierungsentwurf vorgesehene Schaffung einer Rückausnahme bei der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Verlusten aus Personengesellschaften für Lebens- und Krankenversicherungen sowie Pensionsfonds ist systematisch zutreffend und behebt eine

derzeit bestehende Ungereimtheit des Gesetzes. Das entgegenstehende Votum des Bundesrats, die im Regierungsentwurf vorgesehene Rückausnahme zu streichen (vgl. dort unter Nr. 33), würde bedeuten, dass die Ungereimtheit bestehen bliebe.

Petition: Der Vorschlag der Bundesregierung sollte umgesetzt werden.

Zu Artikel 8: Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Nr. 2 – Ergänzung § 14 Abs. 4 UStG-E

Rechnungsberichtigung kein rückwirkendes Ereignis

Die Entwurfsfassung zum § 14 Abs. 4 Satz 4 UStG sieht vor, dass die **Berichtigung einer Rechnung** um fehlende oder unzutreffende Angaben **kein rückwirkendes Ereignis** im Sinne von § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und § 233a Abs. 2a der Abgabenordnung ist.

Diese Regelung zur Rechnungskorrektur in § 14 Abs. 4 Satz 4 wirkt sich je nach Sachverhalt zuungunsten oder zugunsten des Steuerpflichtigen aus. Eine solche punktuelle Regelung erscheint uns für eine sinnvolle Lösung des Gesamthemas Rechnungskorrektur nicht sachgerecht.

Sie kann zur Konsequenz haben, dass ein Unternehmer aus einer korrigierten Rechnung seines Lieferanten keinen Vorsteuerabzug mehr geltend machen kann. Dazu kann es im Einzelfall kommen, wenn für einen lange zurückliegenden Sachverhalt in einer korrigierten Rechnung erstmals Umsatzsteuer berechnet wird, weil z. B. die Parteien ursprünglich von einem Reverse Charge-Umsatz ausgingen und daher ohne Umsatzsteuer abgerechnet wurde. Erhält der Unternehmer dann eine korrigierte Rechnung seines Lieferanten, in der erstmals Umsatzsteuer ausgewiesen ist, kann er diese nur für das Jahr des ursprünglichen Umsatzes geltend machen. Ist die Umsatzsteuerveranlagung für das Jahr des Umsatzes allerdings wegen Festsetzungsverjährung oder Aufhebung des Nachprüfungsvorbehalts verfahrensrechtlich nicht mehr änderbar, würde der Vorsteuerabzug endgültig ausgeschlossen. Dies ist die Konsequenz, wenn die Rechnungskorrektur kein rückwirkendes Ereignis im Sinne der Änderungsvorschrift des § 175 AO wäre, wie es durch das JStG 2020 klargestellt werden soll. Insoweit wäre die Wirkung der Regelung zuungunsten des Steuerpflichtigen. Der Verweigerung des Vorsteuerabzugs in dieser Konstellation dürfte allerdings einen Verstoß gegen die EuGH-Rechtsprechung in den Rechtssachen Biosafe (Urteil vom 12.04.2018, Rs. C-8/17) und Volkswagen (Urteil vom 21.03.2018, Rs. C-533/16) darstellen.

In vielen Fällen dürfte die Umsatzsteuerveranlagung des Rechnungsempfängers für das Jahr des ursprünglichen Jahres aber noch offen sein. Für diese Konstellation wirkt die Klarstellung

zugunsten der Steuerpflichtigen. Denn der Rechnungsempfänger kann für Vorsteueransprüche, die erstmals aufgrund einer rückwirkenden Rechnungskorrektur entstanden sind, Erstattungszinsen verlangen. Das setzt aber voraus, dass die Rechnungskorrektur kein rückwirkendes Ereignis im Sinne von § 233a Abs. 2a AO darstellt, weil der sonst eintretende verkürzte Zinslauf in der Praxis regelmäßig verhindern würde, dass Erstattungszinsen geltend gemacht werden könnten.

Dazu folgendes **Beispiel**:

Für eine Leistung des A an B im Jahr 01 gehen die Parteien von einem Übergang der Steuerschuld auf den Leistungs- und Rechnungsempfänger nach § 13b UStG aus, so dass die Rechnung des A ohne Umsatzsteuer ausgestellt wird. Das stellt sich später (z. B. aufgrund einer BP) als falsch heraus (ein Fall des § 13b Abs. 5 Satz 7 – Nichtbeanstandung in Zweifelsfällen – liegt nicht vor). Der Leistende A korrigiert im Jahr 06 seine Rechnung und weist nunmehr Umsatzsteuer von 19 T€ aus. Der Leistungsempfänger B begehrt nachträglich Vorsteuerabzug für das Jahr der ursprünglichen Rechnungsstellung im Jahr 01 und Erstattungszinsen, weil die Rechnungskorrektur nach dem BMF-Schreiben zur Rechnungsberichtigung vom 18.9.2020 mit umsatzsteuerlicher Rückwirkung möglich ist.

Wenn die Vorlage der korrigierten Rechnung ein rückwirkendes Ereignis wäre, könnte B keine Erstattungszinsen verlangen, weil der Zinslauf erst am 1.4.2008 beginnt, siehe § 233a Abs. 2a AO. Der A müsste allerdings Nachzahlungszinsen ab 1.4.2003 zahlen.

Ist die Vorlage der Rechnung dagegen kein rückwirkendes Ereignis i. S. d. § 175 Abs. AO, würde der Zinslauf für die Erstattung regulär beginnen. B erhielte Erstattungszinsen mit Zinslauf vom 1.4.2003, sodass ein Gleichlauf mit den Nachzahlungszinsen des A hergestellt würde.

Für eine große Zahl der Praxisfälle ist die Regelung daher unproblematisch bzw. eher vorteilhaft.

Trotz der vorteilhaften Wirkung bei der Vollverzinsung, sollte im Ergebnis auf die Regelung des § 14 Abs. 4 Satz 4 UStG verzichtet werden. Vielmehr sollte das Thema Rechnungskorrektur durch den Gesetzgeber insgesamt angegangen werden.

Insbesondere sollte die Umsatzsteuer aus dem Anwendungsbereich der Vollverzinsung herausgenommen werden. Zum einen passt die Regelung für das Dreiecksverhältnis Fiskus-Leistender-Leistungsempfänger im Falle der umsatzsteuerlichen Rechnungsstellung nicht. Des

Weiteren würden viele Fälle gar nicht mehr streitig zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung verhandelt werden, wenn die Verzinsung entfällt. Etwaige fiskalische Mindereinnahmen aus der Abschaffung der Verzinsung könnten durch die Einsparung der Verfahrenskosten, die der Verwaltung und den Gerichten bislang entstehen, kompensiert werden. Die vorhandenen personellen Ressourcen der Finanzverwaltung könnten sich dann mit sinnvolleren Fällen beschäftigen als sich mit Steuerpflichtigen über Verzinsungen von Steuern zu streiten, die beim Fiskus in vielen Fällen eigentlich aufkommensneutral sein sollten.

Außerdem hat der EuGH bereits anklingen lassen, dass die Verzinsung in Deutschland in ihrer derzeitigen Form den mehrwertsteuerlichen Prinzipien widersprechen könnte, vgl. das Urteil in der Rs. Senatex (Urteil vom 15.09.2016, Rs. C-518/14, Rz. 37).

Ferner kann die Regelung in Bezug auf den Ausschluss vom Anwendungsbereich des § 175 AO die von der Bundesregierung erstrebte Rechtssicherheit wegen der europarechtlichen Zweifel nicht herstellen.

Petition: Auf die singulär verfahrensrechtliche Regelung sollte zugunsten einer gesamtheitlichen gesetzgeberischen Reaktion auf die Problematik der umsatzsteuerlichen Rechnungsberichtigung verzichtet werden. Insbesondere sollte die Umsatzsteuer aus dem Anwendungsbereich der Vollverzinsung gem. § 233a AO herausgenommen werden.

Zu Artikeln 10, 11, 13, 15, 19, 20 und 21: Umsetzung des MwSt-Digitalpakets

Die frühzeitige Umsetzung des MwSt-Digitalpakets in deutsches Recht ist wichtig für die betroffenen Unternehmen, damit diese die Änderungen rechtzeitig in die Praxis überführen und ihre internen Abläufe entsprechend anpassen können. Die der Umsetzungsfrist der zugrundeliegenden Richtlinie auf den 1.7.2021 ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Das gilt insbesondere, da die technischen Voraussetzungen für die Teilnahme an einem der neuen Verfahren in der Praxis in diesem Jahr noch nicht zur Verfügung stehen werden. Denn das Gesetzgebungsverfahren wird voraussichtlich erst Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Petition: Der Deutsche Bundestag sollte das BMF auffordern, die gesetzlichen Regelungen kurzfristig durch ein Anwendungsschreiben der Finanzverwaltung zu flankieren, da erfahrungsgemäß eine Reihe von Vorschriften auslegungsfähig sind und somit in den Unternehmen Rechtsunsicherheit über die Auslegung durch die Finanzverwaltung entsteht.

Zu Artikel 9: Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Nr. 2c - § 4 Nummer 23 UStG

Steuerbefreiung auf berufliche Einrichtungen des Handwerks, des Handels und anderer Branchen ausdehnen

Im Bereich der Umsatzsteuer soll die Steuerbefreiung des § 4 Nr. 23 Buchst. c UStG auf die Beherbergung von Schülern und Studenten durch staatlich anerkannte Schulen, Hochschulen sowie Ersatz- und Ergänzungsschulen ausgedehnt werden.

Die geplante Regelung umfasst jedoch nicht die Beherbergung von Schülern der berufsbildenden Einrichtungen im Handwerk, Handel und anderen Branchen. Diese berufsbildenden Einrichtungen, die von Handwerkskammern, Innungen und Kreishandwerkerschaften (jPöR), Fachverbänden des Handwerks, Verbänden des Handels sowie auch anderen Branchenverbänden betrieben werden, verfügen oftmals über ein Internat, in dem Schüler, die eine weite Anreise haben, wohnen und lernen können. Die genannten Beherbergungsleistungen an Schüler berufsbildender Einrichtungen im Handwerk, Handel und anderen Branchen sind bereits steuerfrei gem. Art. 132 Buchst. i MwStSystRL. Die geplante Neufassung des § 4 Nr. 23 Buchst. c UStG enthält somit im Vergleich zu Art. 132 Buchst. i MwStSystRL eine Regelungslücke, die es zu schließen gilt.

Petition: Die Steuerbefreiung des § 4 Nr. 23 Buchst. c UStG sollte auch auf die berufsbildenden Einrichtungen des Handwerks, des Handels und anderen Branchen mit ihren Internaten ausgedehnt werden.

Auf der Grundlage des Art. 132 Buchst. i MwStSystRL sollte eine entsprechende Regelung auch rückwirkend auf alle offenen Fälle Anwendung finden.

Nr. 4 – § 13b Abs. 2 Nr. 12 und Abs. 5 Satz 5 UStG-E

Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Telekommunikationsleistungen

Wir begrüßen, dass das Bescheinigungsverfahren im Regierungsentwurf des Jahressteuergesetzes 2020 vom 1.9.2020 in § 13b Abs. 5 Satz 6 UStG-E Niederschlag gefunden hat. Wir halten es darüber hinaus für zielführend, den von dieser Vorschrift betroffenen Leistungsempfängern nicht nur auf Antrag, sondern auch von Amtswegen entsprechende Bescheinigungen auszustellen.

Nach unserer Auffassung sollte weiter unter die Regelung des § 13b Abs. 5 Satz 6 UStG-E jeder Unternehmer fallen, der nachhaltig (mindestens 10 Prozent seines Umsatzes, analog zu

Abschnitt 13b.3 Abs. 2 UStAE) sonstige Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation erbringt, unabhängig davon, ob er diese Leistungen selbst produziert oder damit handelt. Damit ließe sich sicherstellen, dass der Anwendungsbereich der Regelung breit gefasst wird, dass aber diejenigen Unternehmen, die TK-Leistungen zwar in großem Umfang beziehen, diese aber innerhalb des Konzerns weiterverkaufen, nicht unter den Anwendungsbereich der Vorschrift fallen. Davon ist dann auszugehen, wenn die ausgeübte Haupttätigkeit deutlich mehr als 90 Prozent des Umsatzes ausmacht. Dies trifft auf Automobilunternehmen, aber auch auf den Bereich der Wohnungswirtschaft, der Hotellerie oder des Krankenhauswesens zu.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Interpretation regen wir an, eine klarstellende Anpassung des § 13b Abs. 5 Satz 6 UStG-E in Betracht zu ziehen und die Regelung für die Unternehmen einzuführen, die nachhaltig sonstige Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation erbringen, ohne gesetzlich eine Eingrenzung über Haupttätigkeit in Bezug auf den Erwerb dieser Leistungen in deren Erbringung bzw. über den untergeordneten eigenen Verbrauch. Damit wird der Anwendungsbereich klar analog zu den anderen Regelungsbereichen in § 13b Abs. 5 UStG gesetzlich definiert und eine breite Erfassung aller sonstiger Dienstleistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation sichergestellt.

Petition: Zur Sicherstellung eines breiten Anwendungsbereichs und zur Sicherstellung von Rechtssicherheit in der Anwendung der Vorschrift, sollten Bescheinigungen von Amts wegen ausgestellt werden können.

Weiter sollte § 13b Abs. 5 Satz 6 UStG-E so angepasst werden, dass der Anwendungsbereich möglichst breit gefasst wird und die bereits in § 13b Abs. 5 UStG bestehende gesetzliche Formulierung „nachhaltige Erbringung der Leistung“ verwendet wird. Auf eine Eingrenzung über Haupttätigkeit und untergeordnetem Verbrauch kann damit verzichtet werden.

Zu Artikel 10: Weitere Änderungen des Umsatzsteuergesetzes

Nr. 2 – § 18i, 18j, 18k UStG-E

Einführung besonderer Besteuerungsverfahren

Mit dem MwSt-Digitalpaket wird der Mini-One-Stop-Shop (MOSS) auf Lieferungen innerhalb eines Mitgliedstaates über eine elektronische Schnittstelle, innergemeinschaftliche Fernverkäufe und alle am Ort des Verbrauchs ausgeführten Dienstleistungen an Nichtunternehmer ausgedehnt (sog. One-Stop-Shop – OSS). Zudem wird für Fernverkäufe von Gegenständen in Sendungen mit einem Sachwert bis 150 Euro aus dem Drittland ein neuer Import-

One-Stop-Shop (IOSS) eingeführt. Dies wird mit der Einführung besonderer Besteuerungsverfahren in den §§ 18i, 18j und 18k ins UStG umgesetzt.

Der fachliche Zugang zu dem besonderen Besteuerungsverfahren würde sicherlich erleichtert werden, wenn der Gesetzgeber die relevanten Normen anders gliedern würde. Viele Vorschriften der besonderen Besteuerungsverfahren wiederholen sich mehr oder weniger wortgleich in den §§ 18i bis 18k UStG-E. Würden für alle Aspekte des besonderen Besteuerungsverfahrens allgemeingültige Vorschriften quasi "vor die Klammer gezogen" und dann später in den speziellen Vorschriften zu den einzelnen Aspekten nur noch die jeweiligen Grundtatbestände nebst der Ausnahmen und Ergänzungen zu den allgemeinen Vorschriften formuliert, könnten Doppelungen im Gesetzestext vermieden und mehr Übersichtlichkeit hergestellt werden.

Für den Fall der Nutzung eines OSS sollten die Zuständigkeiten der deutschen und anderer europäischer Finanzbehörden insbesondere für Betriebsprüfungen, Auskünfte etc. deutlich abgegrenzt werden.

Zudem wäre eine Klarstellung hilfreich, dass für die Klärung von Rechtsfragen bei der Nutzung eines OSS die jeweilige Plattform zuständig ist, bei der der Steuerpflichtige die entsprechenden Umsätze meldet. Durch den OSS soll dem Steuerpflichtigen die Registrierung in anderen Mitgliedstaaten erspart werden. Ohne eine Registrierung hat er jedoch auch keinen Ansprechpartner innerhalb der dortigen Finanzverwaltung, der bei der Klärung von Anwendungsfragen zur Verfügung steht. Sofern weiterhin die jeweiligen nationalen Finanzbehörden für die rechtssichere Anwendung von Rechtsfragen zuständig bleiben sollen, sollte auf EU-Ebene eine einheitliche Rechtsanwendung vorangetrieben werden. Anderenfalls geht der angestrebte Vereinfachungseffekt des OSS verloren. So ergeben sich bspw. im Falle von Entgeltminderungen und den notwendigen Voraussetzungen durch Nachweise etc. in verschiedenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Anforderungen.

Daneben ist aus unserer Sicht unklar, welche Folgen sich ergeben, wenn der Steuerpflichtige in der Umsatzsteuervoranmeldung negative Umsätze für einen Mitgliedstaat erklärt (etwa durch Entgeltminderungen oder durch Rückgängigmachung von Lieferungen infolge von Retouren) und diese die steuerpflichtigen Ausgangsumsätze überwiegen, sodass daraus für einen Mitgliedstaat eine Erstattungssituation resultiert.

Petition: Die Gliederung und Formulierung der Vorschriften zum Digitalpaket im Umsatzsteuergesetz sollte mit dem Ziel überdacht werden, den Inhalt und die Zusammenhänge der

Vorschriften für den Rechtsanwender zu verdeutlichen und die Verständlichkeit des Gesetzes weiterhin zu gewährleisten. Hierfür ist noch ausreichend Zeit, da die Frist für die Umsetzung der EU-rechtlichen Vorgaben in nationales Recht von der EU-Kommission um ein halbes Jahr bis zum 1.7.2021 verlängert wurde. Zudem sollte der Deutsche Bundestag die Finanzverwaltung auffordern, die aufgeworfenen Fragen möglichst kurzfristig in einem Anwendungsschreiben klarzustellen.

Nr. 2 – § 18j UStG-E

Einführung eines besonderen Besteuerungsverfahrens für innergemeinschaftliche Fernverkäufe

Sowohl Drittlands-Unternehmer als auch EU-Unternehmer können künftig ihre innergemeinschaftlichen Fernverkäufe im Wege eines besonderen Besteuerungsverfahrens (sog. One-Stop-Shop - OSS) melden. Die Nutzung des OSS in Fällen des innergemeinschaftlichen Verbringens ist jedoch nicht möglich. Da diese Fälle in der Praxis häufig auftreten, sollte auf europäischer Ebene für eine Ausweitung des One-Stop-Shop auf diese Fallkonstellationen geworben werden. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen der Unternehmer in dem anderen Mitgliedstaat keine Niederlassung unterhält, z. B. im Rahmen der Nutzung von Fulfillment-Service-Strukturen.

Hierzu ein Beispiel:

Unternehmer A, ansässig in Deutschland, verkauft Produkte über einen elektronischen Marktplatz sowohl an Endkunden in Deutschland als auch in anderen Mitgliedstaaten der EU. Der Marktplatzbetreiber unterhält ein Auslieferungslager in Polen. Er verpflichtet A, die Waren zunächst in sein Auslieferungslager nach Polen zu versenden. Von dort verschickt der Marktplatzbetreiber die Waren an die jeweiligen Endkunden. Unternehmer A muss deshalb zunächst ein innergemeinschaftliches Verbringen in Deutschland und einen innergemeinschaftlichen Erwerb in Polen erklären. Hierfür kann er den One-Stop-Shop nicht nutzen und muss sich in Polen anmelden.

Petition: Der Deutsche Bundestag sollte die Finanzverwaltung auffordern, auf europäischer Ebene dafür zu werben, den One-Stop-Shop auf Fälle des innergemeinschaftlichen Verbringens auszudehnen, insbesondere wenn sie einer Lieferung im Sinne des § 18j Satz 1 UStG-E vorausgehen.

Zu Artikel 11: Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Nr. 3 – § 3 Abs. 3a UStG-E –

Einführung der Lieferkettenfiktion für Plattformbetreiber (elektronische Schnittstelle)

Die Anwendung des § 3 Abs. 3a Satz 1 UStG-E setzt voraus, dass sich die Ware bereits in einem Lager im Gemeinschaftsgebiet befindet. Dabei kann es sich u. E. nur um ein Lager der elektronischen Schnittstelle handeln, da diese ansonsten die Voraussetzungen des § 3a Abs. 1 Satz 1 UStG nicht nachprüfen und somit nicht erkennen kann, dass ein Reihengeschäft fingiert wird, aus dem sie Steuerschuldner für die Lieferung an den Endkunden wird. Hier sollte aus Gründen der Rechtssicherheit eine Klarstellung im Gesetz, zumindest aber in einem Anwendungsschreiben erfolgen.

Für die Anwendung des § 3 Abs. 3a Satz 1 UStG-E kommt es darauf an, dass der Unternehmer (Händler) nicht innerhalb der EU ansässig ist. Unklar ist, in welchen Fällen von einer Ansässigkeit auszugehen ist. Genügt es, wenn eine Betriebsstätte innerhalb der EU existiert, und wenn ja, welche Anforderungen sind an diese Betriebsstätte zu stellen?

Weiterhin ist zu beachten, dass der Unternehmer, der die elektronische Schnittstelle betreibt, nicht zwingend erkennen kann, ob der leistende Unternehmer, der vorgibt, eine Betriebsstätte zu unterhalten, tatsächlich in der Gemeinschaft ansässig ist. Hierzu gibt es bislang kein Bescheinigungsverfahren. Der Schnittstellenbetreiber sieht sich daher dem Risiko ausgesetzt, dass Drittlandsunternehmen vorgeben, über eine Betriebsstätte in der EU zu verfügen. Die insoweit eingeführte Gutglaubensregelung in Art. 5c MwStVO, wonach der Schnittstellenbetreiber im Fall falscher Angaben nicht nachträglich zur Umsatzsteuer herangezogen werden kann, wenn er die falschen Angaben nicht kannte oder hätte erkennen können, sollte daher großzügig ausgelegt werden. Zudem sollte vorgegeben werden, in welchen Fällen der Schnittstellenbetreiber „nach vernünftigem Ermessen“ auf die Angaben des Leistenden vertrauen darf.

Der Schnittstellenbetreiber gilt als in die Leistungskette eingebunden, wenn Waren aus dem Drittland mit einem Wert bis 150 Euro von einem Lieferer an einen Endkunden in der EU geliefert werden. Soweit der Schnittstellenbetreiber den Transport nicht selbst organisiert, ist er darauf angewiesen, dass der Lieferant ihm mitteilt, woher die Ware kommt. Bei unzutreffenden Angaben des Lieferanten zum Abgangsort der Ware kann es somit zu einer fälschlichen Einbindung oder Nichteinbindung des Schnittstellenbetreibers in die Leistungskette kommen. Die voranstehenden Punkte gelten dann entsprechend.

Petition: Der Deutsche Bundestag sollte die Finanzverwaltung auffordern, die aufgeworfenen Fragen möglichst kurzfristig nach Verabschiedung des Gesetzes in einem Anwendungsschreiben klarzustellen.

Nr. 12 – § 18e Nr. 3 UStG-E

Bestätigungsverfahren für Betreiber eines elektronischen Marktplatzes

Mit der Ergänzung wird den Betreibern eines elektronischen Marktplatzes (künftig: einer elektronischen Schnittstelle) die qualifizierte Überprüfung einer inländischen USt-IdNr. Ihrer Kunden ermöglicht. Dies ist erforderlich, da die Betreiber nach § 25e UStG für nicht ordnungsgemäß abgeführte Umsatzsteuer der bei ihnen tätigen Unternehmen haften. Es ist positiv, dass nunmehr ein elektronisches Überprüfungsverfahren ermöglicht und der Austausch von Bestätigungen in Papierform überflüssig wird. Es sei aber darauf hingewiesen, dass § 18e Nr. 3 UStG-E ins Leere läuft, wenn der Händler (Kunde der Schnittstelle) in der EU ansässig ist und den OSS nutzt. Denn in diesen Fällen findet typischerweise keine Vergabe einer USt-IdNr. nach § 27a UStG statt.

Da für die ordnungsgemäße Besteuerung auch an anderer Stelle die Unternehmereigenschaft des Kunden wesentlich ist (etwa in den Fällen des § 13b UStG), sollte die Möglichkeit der qualifizierten Überprüfung inländischer USt-IdNr. für alle Unternehmen geöffnet werden.

Petition: Das Bestätigungsverfahren nach § 18e UStG sollte für alle inländischen Unternehmen geöffnet werden.

Nr. 16 – § 22f UStG-E

Besondere Aufzeichnungspflichten

§ 22f UStG regelt besondere Aufzeichnungspflichten für Betreiber elektronischer Schnittstellen. Die Regelung beschränkte sich bisher auf die Aufzeichnungspflichten in Zusammenhang mit Lieferungen und der Haftung gem. § 25h UStG. Die Vorschrift wird im Hinblick auf die Regelungen des E-Commerce Pakets neu formuliert. In Abs. 3 werden nunmehr auch Aufzeichnungspflichten zu sonstigen Leistungen aufgenommen.

Hier heißt es: „(3) Wer mittels einer elektronischen Schnittstelle die Erbringung einer sonstigen Leistung an einen Empfänger nach § 3a Abs. 5 Satz 1 unterstützt, hat Aufzeichnungen nach Art. 54c der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 des Rates vom 15.3.2011 (ABl. L 77 vom 23.3.2011, S. 1) zu führen. Das Gleiche gilt in den Fällen des § 3 Abs. 3a.“

Der Regelungsinhalt ist u. E. für den Fall der Dienstleistungen deutlich zu weit. Die Aufzeichnungspflichten gelten nicht generell, sondern – im Gesamtzusammenhang mit Art. 54c EU DVO – nur für die Fälle, in denen Art. 9a EU DVO greift. Zwar nimmt der neue Absatz Bezug auf die Vorschrift der Durchführungsverordnung, greift aber in dieser Allgemeinheit zu weit. Insoweit könnte auch interpretiert werden, dass den Betreiber einer elektronischen Schnittstelle die Aufzeichnungspflichten treffen, ohne dass ein Fall des Art. 9a EU DVO greift. Eine Begrenzung der Aufzeichnungspflichten halten wir auch aufgrund von kartellrechtlichen Bedenken für erforderlich, da der Austausch kundenrelevanter sowie preissensibler Daten verlangt wird.

Petition: Wir schlagen vor, wie folgt zu formulieren: „In den Fällen des § 3 Abs. 11a Abs. 1 Satz 1 UStG hat der Unternehmer, der in die Erbringung der sonstigen Leistung im Sinne dieser Vorschrift eingeschaltet ist, Aufzeichnungen nach Art. 54c der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 des Rates vom 15.3.2011 (ABl. L 77 vom 23.3.2011, Satz 1) zu führen.“

Nr. 17 - § 25 e UStG-E

Haftung beim Handel über eine elektronische Schnittstelle

Nach § 25e Abs. 2 UStG-E haftet der Betreiber einer Schnittstelle künftig nicht für die zu entrichtende Steuer aus einer Lieferung, wenn der liefernde Unternehmer im Sinne von § 22f Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 UStG im Zeitpunkt der Lieferung über eine gültige, ihm vom Bundeszentralamt für Steuern nach § 27a UStG erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer verfügt. Ausweislich der Gesetzesbegründung bedeutet dies, dass der Betreiber die ihm von dem bei ihm tätigen Unternehmer mitgeteilte USt-IdNr. aufzeichnet und regelmäßig auf Gültigkeit prüft. Diesbezüglich erfolgt ein Verweis auf § 18e Nr. 3 UStG-E.

Zum 1.7.2020 (nach Verschiebung vom 1.1.2020) treten allerdings die Regelungen zur Umsetzung der Richtlinie EU 2017/2455 in Kraft. Dadurch erhält ein in der EU-ansässiger Unternehmer grundsätzlich die Möglichkeit, bei der umsatzsteuerlichen Abwicklung von Fernverkäufen in andere EU-Mitgliedstaaten (EU-MS) den One Stop Shop (OSS) zu nutzen. Deutsche Unternehmer, die den OSS nutzen wollen, können dies auf der Grundlage von § 3c Abs. 1 i.V.m. § 18j UStG-E vornehmen. Auch eine in der EU ansässige Schnittstelle kann durch die in § 3 Abs. 3a UStG-E begründete Lieferkettenfiktion bei Unterstützung eines nicht im Gemeinschaftsgebiet ansässigen Unternehmers den OSS nutzen; bei Ansässigkeit in Deutschland wiederum über § 18j UStG-E. Bei Unternehmern, die in anderen EU-Staaten ansässig sind,

gelten die dortigen nationalen gesetzlichen Regelungen zur Umsetzung der EU-RL 2017/2455 analog.

Ziel des OSS ist es, dass in einem EU-MS ansässige und steuerlich registrierte Unternehmer sich nicht mehr im übrigen Gemeinschaftsgebiet registrieren lassen müssen. Folglich entfällt auch die Notwendigkeit zur Registrierung in Deutschland. Ohne sie ist aber die Erteilung einer USt-IdNr. nach § 27a UStG nicht möglich und der Betreiber einer Schnittstelle haftet für die abzuführende Umsatzsteuer des ausländischen Unternehmers.

Eine ergänzende Registrierung in Deutschland wäre zwar grundsätzlich möglich. Es ist aber denkbar und durchaus wahrscheinlich, dass die EU-Kommission dies als Behinderung des Zugangs europäischer Unternehmen zum deutschen Markt ansieht. Dies war bereits wegen der aktuellen Notwendigkeit nach § 25e UStG für Unternehmer aus EU-MS der Fall, der Plattform eine schriftliche Bescheinigung über die steuerliche Registrierung in Deutschland vorzulegen, damit diese nicht für die abzuführende Umsatzsteuer haftet; die EU-Kommission hat im Oktober 2019 Deutschland ein entsprechendes Aufforderungsschreiben gesandt. Zudem kann das BZSt die USt-IdNr. wieder entziehen, wenn über diese Nr. keine steuerpflichtigen Umsätze getätigt werden. Letzteres wäre dann der Fall, wenn ein Unternehmer aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat sich in Deutschland registriert, zur Abrechnung seiner Umsätze aber den OSS nutzt.

Petition: § 25e Abs. 2 UStG-E sollte wie folgt ergänzt werden: „Der Betreiber haftet nicht nach Abs.1, wenn der liefernde Unternehmer im Sinne von § 22f Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Zeitpunkt der Lieferung über eine gültige, ihm vom Bundeszentralamt für Steuern nach § 27a erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer oder einem dieser Umsatzsteuer-Identifikationsnummer vergleichbaren Nachweis eines anderen EU-Mitgliedstaates verfügt.“

Der Verweis in auf § 18e UStG-E in der Gesetzesbegründung sollte dahingehend ergänzt werden, dass auch die Informationen des EU-MwSt-Informationsaustauschsystem (MIAS) als hinreichend anerkannt werden.

Zu Artikel 26: Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes

Nr. 2 – § 19 Abs. 6 GrEStG-E

Verschärfung der Regelungen zu Verspätungszuschlägen

Dem Steuerpflichtigen obliegt die Anzeige der Verwirklichung des grunderwerbsteuerlichen Tatbestandes. Entsprechend sind nach § 19 Abs. 3 Satz 1 GrEStG anzeigepflichtige Vor-

gänge innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis des Vorgangs beim Finanzamt anzuzeigen. Im Fall einer nicht fristgerechten Anzeige liegt es im Ermessen der Behörde, einen Verspätungszuschlag nach § 152 Abs. 5 Satz 2 AO in Höhe von 0,25 Prozent der festgesetzten Steuer je angefangenem Monat der eingetretenen Verspätung festzusetzen. Der Gesetzentwurf sieht nunmehr eine Verschärfung der Regelungen zu Verspätungszuschlägen vor, wonach die Begrenzung der Höhe des Verspätungszuschlags auf max. 25.000 Euro keine Anwendung finden soll (§ 19 Abs. 6 GrEStG-E).

Für börsengehandelte Kapitalgesellschaften und Unternehmen mit komplexen Strukturen dürfte es schwierig bis unmöglich sein, in ihren Tax Compliance-Systemen die notwendigen Ermittlungen zu implementieren, die erforderlich sind, um nach § 1 Abs. 2a GrEStG steuerbare Vorgänge zu identifizieren und anzuzeigen. Vor diesem Hintergrund ist es unseres Erachtens nicht nachvollziehbar, einerseits sehr aufwändige und vielfach nicht vollziehbare Regelungen zu erhalten (§ 1 Abs. 2a GrEStG) bzw. schaffen zu wollen (bspw. durch das Vorhaben, sog. missbräuchliche Share-Deal-Gestaltungen verhindern zu wollen) und zugleich die Sanktionen bei Nichtbefolgung verschärfen zu wollen.

Petition: Aufgrund der bereits bestehenden erheblichen Komplexität des Grunderwerbsteuerrechts sollte die Anhebung des Verspätungszuschlages unterbleiben. Mindestens aber ist die Anzeigefrist gemäß § 19 Abs. 3 GrEStG erheblich zu verlängern.

Zu Artikel 28: Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz

Über die vorgeschlagenen Änderungen hinaus weisen wir auf folgenden materiellen Änderungsbedarf im Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz hin:

Nr. 5 – § 13a und 13b ErbStG-E

Verschonungsregelung für Betriebsvermögen (ergänzender Vorschlag)

Im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Unternehmensübertragungen kann eine Reduzierung der Lohnzahlungen infolge der Krise zu einer Nachbesteuerung führen. Um die erbschaftsteuerliche Verschonung zu erhalten, muss die Lohnsumme innerhalb der 5- oder 7-jährigen Lohnsummenfrist 400 Prozent (Regelverschonung) bzw. 700 Prozent (Optionsverschonung) der sog. Ausgangslohnsumme betragen, wobei bei Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern geringere Quoten gelten. Ausgangslohnsumme ist die durchschnittliche Lohnsumme der letzten fünf Wirtschaftsjahre vor dem Zeitpunkt der Entstehung

der Steuer. Wird die geforderte Lohnsumme nicht erreicht, entfällt die gewährte erbschaftsteuerliche Verschonung in dem Verhältnis, in dem die erforderliche Quote unterschritten wird (§ 13a Abs. 3 i. V. m. § 13a Abs. 10 ErbStG).

In vielen Unternehmen ist Kurzarbeit aufgrund der Corona-Krise unvermeidlich. Damit ist derzeit nicht absehbar, ob während der Krise oder danach noch ausreichend hohe Arbeitslöhne bezahlt werden, um die Lohnsummenvoraussetzungen einzuhalten. Das erkannte auch der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates und schlug in seiner Stellungnahme eine Prüfung einer Anpassung der §§ 13a und 13b ErbStG vor (vgl. Nr. 64 der Strichdrucksache). Im Hinblick auf das Kurzarbeitergeld ist zwar zu beachten, dass der Lohnaufwand durch das dem Arbeitgeber von der Bundesagentur für Arbeit ausgezahlte Kurzarbeitergeld nicht gekürzt wird (R E 13a.5 Satz 4 ErbStR 2019). Im Falle von Kurzarbeit wird aber der bezahlte Arbeitslohn gegenüber dem regulären Arbeitslohn deutlich geringer sein. Im Falle von nicht vermeidbaren Entlassungen fällt der Lohnaufwand vollständig aus. Damit besteht bei vielen Unternehmen die Gefahr, dass die Lohnsummenregelung nicht eingehalten werden kann und so nachträglich eine anteilige Steuerfestsetzung erfolgen könnte.

Entsprechende Probleme bestehen im Falle einer Insolvenz. Denn nach aktueller Auffassung von Rechtsprechung und Finanzverwaltung würde eine Insolvenz innerhalb der Behaltensfrist zum Verstoß gegen die Behaltensregelung und damit zu einer anteiligen Steuerzahlung für die erfolgte Erbschaft oder Schenkung führen (§ 13a Abs. 6 i. V. m. § 13a Abs. 10 ErbStG).

Darüber hinaus sollte die sog. Verwaltungsvermögensgrenze von 90 Prozent (§ 13b Abs. 2 Satz 2 ErbStG) – zumindest befristet – entschärft werden. Forderungen eines Unternehmens gehören zum Verwaltungsvermögen. Gerade in der aktuellen Krise dürfte der Forderungsbestand wegen mangelnder Liquidität beim Kunden sehr hoch sein bzw. deutlich ansteigen. Damit steigen krisenbedingt bei vielen Unternehmen das Verwaltungsvermögen und damit die Gefahr einer Nachversteuerung bei der Erbschaftsteuer.

Petition: Bei einem nicht selbst verschuldeten Rückgang der Lohnsumme oder bei einer nicht selbst verschuldeten Insolvenz sollten keine nachträglichen Steuerzahlungen von den Unternehmern gefordert werden. Darüber hinaus sollten – zumindest temporär – Forderungen nicht zum Verwaltungsvermögen gehören.

§ 20 Abs. 6 ErbStG

Haftung für Erbschaft- und Schenkungsteuer (ergänzender Vorschlag)

Versicherungsunternehmen, die die von ihnen zu zahlende Versicherungssumme oder Leibrente vor Entrichtung oder Sicherstellung der Steuer in ein Gebiet außerhalb des Geltungsbereichs des ErbStG zahlen oder außerhalb des Geltungsbereichs des ErbStG wohnhaften Berechtigten zur Verfügung stellen, haften in Höhe des ausgezahlten Betrages (§ 20 Abs. 6 Satz 1 ErbStG). Versicherungsunternehmen holen daher seit vielen Jahren regelmäßig sog. Unbedenklichkeitsbescheinigungen/Enthaftungserklärungen bei den zuständigen Erbschaftsteuerfinanzämtern ein, bevor sie Versicherungsleistungen ins Ausland auszahlen. Dieses Verfahren hat für Anspruchsberechtigte und Versicherungsunternehmen bislang eine unbürokratische und schnelle Auszahlung der Versicherungssumme ermöglicht. Es sollte gesetzlich sichergestellt werden, dieses Verfahren beizubehalten und künftig nicht – wie neuerdings von einzelnen Finanzämtern gefordert – durch eine vorherige notwendige Mitwirkung/Zustimmung des im Ausland ansässigen Anspruchsberechtigten abhängig zu machen.

Eine derartige Verschärfung der verschuldensunabhängigen Haftungsregelung des § 20 Abs. 6 ErbStG wäre nicht sachgerecht. Zum einen entstünde durch eine erforderliche Mitwirkungspflicht des Leistungsberechtigten bürokratischer Mehraufwand sowohl beim Kunden als auch beim Versicherungsunternehmen. Die bisherige unbürokratische Praxis erlaubt die zeitnahe Auszahlung der Versicherungsleistung an den Kunden und minimiert zugleich das Risiko des Versicherungsunternehmens, für die Zahlung nach § 20 Abs. 6 ErbStG verschuldensunabhängig zu haften. Auch datenschutzrechtlich erscheint eine vorherige Zustimmung des Anspruchsberechtigten nicht erforderlich. Den Grundsatz der Ersterhebung beim Betroffenen gibt es nicht mehr. Dieser Grundsatz wurde mit der DSGVO aufgegeben. Es gelten nun die in Art. 5 Abs. 1 DSGVO und gemäß EG 39 DSGVO geregelten Grundsätze von Fairness und Transparenz der Datenverarbeitungen. Dem wird das bisherige Verfahren gerecht. In diesem Sinne und um die bisherige erprobte Praxis auch künftig sicherzustellen, regen wir daher insbesondere mit Blick auf § 30 Abs. 4 Nr. 2 AO an, für die Offenbarung der Daten gegenüber dem Versicherungsunternehmen ohne vorherige Zustimmung der Anspruchsberechtigten eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

Petition: Um den Belangen des Datenschutzes Rechnung zu tragen sowie der Wahrung des Steuergeheimnisses nachzukommen, sollte ausdrücklich erwähnt werden, dass die Beantragung bzw. Erteilung der o. g. Bescheinigung keiner Mitwirkung bzw. Zustimmung des im Ausland wohnhaften Zahlungsempfängers der Versicherungsleistung bedarf.

§ 33 Abs. 3 ErbStG i. V. m. § 3 Abs. 2 ErbStDV

Anzeigen von Versicherungsunternehmen (ergänzende Vorschläge)

a) Angabe der Steueridentifikationsnummer

Versicherungsunternehmen müssen in ihren erbschaftsteuerlichen Anzeigen nach § 33 Abs. 3 ErbStG i. V. m. § 3 Abs. 2 ErbStDV die Steueridentifikationsnummer (Steuer-ID) des Versicherten angeben. In den Fällen, in denen der Versicherungsnehmer vom Versicherten abweicht, ist zusätzlich auch die Steueridentifikationsnummer des Versicherungsnehmers anzugeben.

Immer häufiger senden Erbschaftsteuerfinanzämter die Anzeigen an die Versicherungsunternehmen zurück, da die erforderliche Steuer-ID-Nr. nicht verwendet wurde. Problem ist, dass diese Steuer-ID-Nr. oft nicht bekannt ist (z. B. bei Übertragung der Versicherung im Todesfall auf einen Dritten) und auch nicht abgefragt werden darf.

Im Ergebnis wird ein maschinelles Abfrageverfahren (MAV) entsprechend § 22a Abs. 2 EStG – inkl. Abfrage des beim BZSt gespeicherten Geburtsdatums – benötigt. Auf dieses Problem wurde das zuständige Fachreferat im Bundesfinanzministerium bereits hingewiesen (vgl. exemplarisch und ausführlich die GDV-Stellungnahme vom 22.10.2014 zum Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen und weiterer Vorschriften).

Petition: Die erforderliche Steueridentifikationsnummer sollte im Rahmen des maschinellen Abfrageverfahrens nach § 22a Abs. 2 EStG erhoben werden dürfen.

b) Bagatellregelung des § 3 Abs. 3 Satz 2 ErbStDV

In der Praxis werden faktisch keine Kapitalversicherungen mehr abgeschlossen, stattdessen Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht. Dem sollte durch eine Anpassung der Bagatellregelung des § 3 Abs. 3 Satz 2 ErbStDV Rechnung getragen werden.

Daneben sollte klargestellt werden, dass analog zu Direktversicherungen auch im Durchführungsweg Pensionskasse keine Anzeige zu erstellen ist (bislang gilt es nur bei Versicherungsverträgen).

Ferner sollte die Bagatellgrenze von 5.000 Euro zeitgemäß von derzeit 5.000 Euro auf 10.000 Euro erhöht werden (vgl. ausführlich die o. g. GDV-Stellungnahme).

c) Anzeige nach § 3 Absatz 2 ErbStDV - Eintritts eines Arbeitnehmers in eine Rückdeckungsversicherung nach § 8 Absatz 3 BetrAVG

§ 3 Abs. 2 ErbStDV fordert eine ErbSt-Anzeige an das zuständige Finanzamt u. a. in den Fällen des Wechsels des Versicherungsnehmers.

Diese Anzeige ist auch in den nach Inkrafttreten des Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG) neu auftretenden Fällen des Eintritts eines Arbeitnehmers in eine Rückdeckungsversicherung (Versicherungsnehmerwechsel auf den Arbeitnehmer) gemäß § 8 Abs. 3 BetrAVG zu erstatten. Einkommensteuerlich wird dies über die (neue) Regelung in § 3 Nr. 65 Buchstabe d EStG steuerlich begleitet (Steuerfreistellung der Übertragung).

Gleichwohl besteht eine Anzeigepflicht gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 ErbStDV, obwohl es sich wie bei einer Direktversicherung um eine vom Arbeitgeber auf das Leben seines Arbeitnehmers abgeschlossene Versicherung handelt, der im Ergebnis die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers gegenübersteht und mithin eine Schenkung bzw. unentgeltliche Zuwendung in diesen betriebsrentenrechtlich sanktionierten Fällen gänzlich ausgeschlossen werden kann (vgl. hierzu auch die GDV-Stellungnahme vom 22.1.2020 an das zuständige Fachreferat im Bundesfinanzministerium).

Petition: In den Fällen des § 8 Abs. 3 BetrAVG sollte eine Anzeige nicht erforderlich sein.

II. Zur Stellungnahme des Bundesrates vom 9.10.2020

Zu Nr. 3: Zu Art. 1 Nr. 1a - neu - Buchstabe a - neu - und Buchstabe b - neu -, Nummer 14 Buchstabe a1 - neu – (§ 6 Absatz 2 Satz 1, Absatz 2a, § 52 Absatz 12 Satz 5a - neu -, Satz 8 - neu -, Satz 9 - neu - EStG) – Anhebung Grenze geringwertige Wirtschaftsgüter

Der Bundesrat schlägt vor, die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 Euro auf 1.000 Euro zu erhöhen. Die bisherige Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung war ein richtiger Schritt, allerdings ist die sog. Poolabschreibung für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 1.000 Euro noch immer anzuwenden.

Um spürbare Erleichterungen der Betriebe zu erreichen, wäre eine weitere Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro erforderlich. Dadurch würde die Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 1.000 Euro obsolet.

Petition: Der Vorschlag des Bundesrates sollte aufgenommen werden. Um weitere Investitionen zu fördern, die gerade in der aktuellen Krise besonders wichtig sind, wäre sogar eine Anhebung auf 5.000 Euro ein wichtiges Signal.

Zu Nr. 10. Zu Art. 1 (§ 20 Abs. 6 Satz 5 und 6 EStG) – Verlustverrechnungsbeschränkung

Wir begrüßen, dass der Bundesrat in Ziff. 10 seiner Stellungnahme die Streichung von § 20 Abs. 6 Satz 5 und 6 EStG zur Verlustverrechnungsbeschränkung bei wertlosen Wirtschaftsgütern und Termingeschäften fordert.

Der Bundesrat stellt zu Recht fest, dass „die administrative Umsetzung dieser Vorschriften verfassungsrechtlich bedenklich ist und die Finanzverwaltung zudem vor nahezu unlösbare Aufgaben stellt“. Richtigerweise wird ausgeführt, dass „die Verlustverrechnungsbeschränkungen so restriktiv sind, dass sie in der Fachliteratur als ein klarer Verstoß gegen das verfassungsrechtlich maßgebende Nettoprinzip bewertet werden“. Auch der juristische Dienst des Deutschen Bundestages kommt in einer Stellungnahme von Ende Juni 2020 zu dem klaren Ergebnis, dass diese Regelungen verfassungsrechtlich höchst bedenklich sind.

Die Vorschriften scheinen ausschließlich fiskalisch motiviert zu sein, worauf auch die Gesetzesbegründung hindeutet, wonach „jedwede Art von Belastungen für den Fiskus vermieden werden [soll], die dadurch entstehen, dass die hochspekulativen Elemente eintreten, die ein Optionsnehmer bewusst auf sich nehmen“ (BT-Drs. 19/13436, S. 112). Offen bleibt, warum „hochspekulative Elemente“ nur bei der Anerkennung von Verlusten eine Rolle spielen sollen, aber Gewinne selbstverständlich und uneingeschränkt besteuert werden.

Die Vorschrift ist zudem bereits im Gesetzgebungsverfahren auf massive Kritik sowohl der weit überwiegenden Mehrheit der Sachverständigen in der Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 14.10.2019 als auch im Schrifttum gestoßen. Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme ausgeführt, warum die von ihm als „Nichtanwendungsgesetz“ titulierten Vorschriften gegen Verfassungsrecht verstoßen und daher gestrichen werden müssen (BT-Drs. 19/13436, S. 227-229).

Die bisher nicht final veröffentlichten Entwürfe von BMF-Schreiben zu Einzelfragen der Abgeltungsteuer und zur Ausstellung von Steuerbescheinigungen und die bereits wegen dringender Notwendigkeit erlassenen Nichtbeanstandungsregelungen für den Kapitalertragsteuerabzug zeigen auf, dass mit den neuen Verlustverrechnungsbeschränkungen eine deutliche Verkomplizierung des Steuerrechts verbunden ist. Die Vorschrift enthält eine Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen, die in einem Massenverfahren nicht umsetzbar sind (wann liegt ganze

oder teilweise Uneinbringlichkeit vor, wann Wertlosigkeit, wann ein Ausfall von Wirtschaftsgütern?).

Die Kreditwirtschaft sieht sich vor dem Hintergrund der Vielzahl von Anwendungsfragen, der bisher nicht final verabschiedeten BMF-Schreiben (seit dem Beschluss des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages ist ein Jahr vergangen!) und des Bruches mit dem System der Abgeltungsteuer nicht in der Lage, die Vorschriften umzusetzen. Auch wenn die 10.000 Euro-Grenze nicht beim Kapitalertragsteuerabzug berücksichtigt werden kann, sind umfangreiche Anpassungen für die Erstellung der Steuerbescheinigungen notwendig, um den Steuerpflichtigen die für die Veranlagung notwendigen Informationen zu liefern. Auch auf die Finanzämter würde **eine Welle von Veranlagungsfällen** zukommen.

Petition: Wir plädieren entsprechend der Forderung des Bundesrates für eine vollständige Streichung der Verlustverrechnungsbeschränkungen in § 20 Abs. 6 Satz 5 und 6 EStG. § 20 Abs. 6 Satz 6 EStG sollte rückwirkend zum 1.1.2020 außer Kraft gesetzt werden und § 20 Abs. 6 Satz 5 EStG sollte nicht zum 1.1.2021 in Kraft treten.

Zu Nr. 36: Zu Art. 9 Nr. 2 Buchst. b1- neu – (§ 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG) – Streichung des Bescheinigungsverfahrens bei Bildungsleistungen

Der Bundesrat schlägt vor, in § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. b UStG das Erfordernis der Bescheinigung der zuständigen Landesbehörde als Voraussetzung für die Steuerfreiheit von Bildungsleistungen zu streichen. Die Beantragung der Bescheinigung ist zwar mit einem gewissen (bürokratischen) Aufwand verbunden, da die entsprechenden Unterlagen bei der zuständigen Landesbehörde eingereicht werden müssen. Sie wird jedoch unbefristet erteilt und schafft dann Rechtsicherheit, wenn es keine klaren Kriterien der Steuerfreiheit gibt. Mit Blick auf den Vorschlag des § 4 Nr. 21 UStG-neu bleibt der Wortlaut konturlos und sehr offen. Ohne weitere Kriterien scheint eine steuerliche Beurteilung der Steuerfreiheit aufgrund der bisher ergangenen Auslegungshinweise und der Rechtsprechung zwar grundsätzlich möglich. In der Praxis würde sich jedoch ganz ohne Kriterien und ohne Bescheinigung hohe Rechtsunsicherheit für die betroffenen Unternehmen ergeben. Die Unternehmen wären hohen steuerlichen Risiken ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns für eine Beibehaltung der Bescheinigung aus. Sollte dies nicht möglich sein, benötigen die Unternehmen eine angemessene Übergangszeit. Teilweise laufen Lehrgänge, insbesondere berufsbegleitende Lehrgänge für Fortbildungsprüfun-

gen (z. B. Betriebswirt/in, Bilanzbuchhalter/in), über einen Zeitraum von 2-3 Jahren; diese sollten einheitlich behandelt werden können. Des Weiteren erfolgt die Planung üblicherweise jeweils im vorausgehenden Jahr die Veranstaltungen des kommenden Jahres.

Petition: Insgesamt sollte die Besteuerung von Bildungsleistungen in einem Gesamtkonzept mit den betroffenen Unternehmen gestaltet werden. Eine kurzfristige Streichung lediglich des Bescheinigungsverfahrens widerspricht einem solchen Gesamtkonzept und sollte deshalb unterbleiben. Eine gesetzliche Überarbeitung mit zweifelsfreien Voraussetzungen bedarf keiner Bescheinigung. Wenn hingegen die Kriterien - wie bislang - vage sind, ist eine Bescheinigung aufgrund der umsatzsteuerlichen Risiken weiterhin sinnvoll.

Zu Nr. 52 Neueinfügung § 147b AO

Die Abgabenordnung verpflichtet Steuerpflichtige in den §§ 140 ff. zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Jahresabschlüsse, Handels- oder Geschäftsbriefe, Buchungsbelege und sonstige steuerlich relevante Unterlagen nach § 147 Abs. 1 AO gesondert aufzubewahren.

Der Bundesrat schlägt hierzu nunmehr die Einfügung einer neuen Bestimmung (§ 147b- AO-E) vor, welche folgenreiche Änderungen für diejenigen steuerrelevanten Unterlagen beinhaltet, die mit einem Datenverarbeitungssystem erstellt worden sind (im Folgenden kurz: digitale Unterlagen). Sowohl der Export als auch die Speicherung dieser digitalen Unterlagen sollen standardisiert werden. Dafür sollen einheitliche digitale Schnittstellen und Datensatzbeschreibungen festgelegt werden. Der Gesetzentwurf des Bundesrates will dies alles nicht selbst und sofort im Einzelnen festlegen, sondern das Bundesfinanzministerium dazu ermächtigen, die Einzelheiten in einer Rechtsverordnung zu regeln. Beim Erlass der Rechtsverordnung soll die Zustimmung des Bundesrates erforderlich sein. Für all diese Vorgaben soll eine eigene neue Vorschrift in die Abgabenordnung aufgenommen werden (§ 147b AO). Die Regelung soll bereits am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

Die Begründung dafür, warum eine Vereinheitlichung von Speicherung und Datenstrukturen innerhalb der bestehenden IT-Systeme über alle Unternehmen hinweg eingeführt werden soll, ist kurz gehalten (vgl. S. 75 des Bundesratsbeschlusses, BR-Drs. 503/20 [Beschluss]). Es wird darin lediglich angegeben, dass die Datenspeicherung bislang sehr unterschiedlich ausgestaltet und für die Finanzverwaltung deshalb das Einlesen, Verarbeiten und Überprüfen der Daten sehr arbeitsaufwändig sei. Zudem wird angeführt, dass damit dem Grundsatz der gleichmäßigen und gesetzmäßigen Besteuerung Rechnung getragen werden solle.

Denkt man diese Vorgaben zu Ende, ist zu befürchten, dass im Ergebnis Unternehmen aller Branchen, Größen und Rechtsformen in Zukunft nur noch mit einem einzigen digitalen Buchhaltungs- bzw. Archivsystem arbeiten müssen, das von der Finanzverwaltung vorgegeben wird. Alternativ müssten die Unternehmen ihre eigenständig geführte Buchhaltung und Archivierung nach Erstellung aufwändig in eine (andere) Form konvertieren, die den Vorgaben der Finanzverwaltung entspricht. Das alles ginge in die gleiche Richtung, wie es schon bei der E-Bilanz erfolgt ist. Damit würde es sich aber nicht nur um eine kleine Anpassung handeln, wie es der kurze Gesetzestext, die kurze Gesetzesbegründung und die fehlenden Angaben beim Erfüllungsaufwand nahelegen.

Vielmehr würde es sich um ein sehr großes und aufwändiges Projekt handeln, das die unternehmerische Freiheit ganz erheblich einschränken würde. So existieren in vielen Unternehmen verschiedenste, zum Teil selbst entwickelte IT-Systeme, sei es Buchhaltungs-, Archiv- und ERP-Systeme, aber auch vielfältigste Vorsysteme, welche steuerlich relevante Daten beinhalten. Diese Systeme sind speziell auf die unternehmensspezifischen Bedürfnisse und Betriebsabläufe zugeschnitten und können nicht durch ein finanzamtliches System ersetzt werden. Eine Umstellung dieser Systeme hinsichtlich einer von der Finanzverwaltung vorgegebenen Speicherung würde zudem – wenn denn überhaupt technisch umsetzbar – massive IT-Kosten in Milliarden-Euro-Höhe für die gesamte deutsche Wirtschaft verursachen.

Der hierdurch ausgelöste massive Einführungs- und laufender Erfüllungsaufwand müsste im Gesetzentwurf aufgeführt und beziffert und vom Normenkontrollrat bzw. Statistischen Bundesamt verifiziert werden. Im Ergebnis ist zu befürchten, dass bei Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung über Jahre getätigte Investitionen in Bestand und Fortentwicklung der eigenen Buchführungs- und Archivsysteme über Nacht faktisch wertlos werden. Zudem ist zu erwarten, dass Weiterentwicklungen der Buchführungs- und Archivsysteme auch nicht mehr über einen Leistungswettbewerb am Markt erfolgen können, sondern eingestellt werden, weil in Zukunft nur noch die Vorgaben der Finanzverwaltung zu erfüllen sind.

Dies gilt insbesondere, weil der Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung durch das Bundesfinanzministerium gemeinsam mit den Bundesländern keiner parlamentarischen Kontrolle mehr unterliegt und eine Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung nicht stattfindet.

Der Vorschlag war bereits Gegenstand des Referentenentwurfes, wurde dann aber auf Grund der damit verbundenen, dargestellten Probleme verworfen und daher nicht in den Regierungsentwurf übernommen.

Petition: Von dem Vorhaben in seiner jetzigen Form sollte dringend Abstand genommen werden.

Dies gilt insbesondere für das Vorhaben, eine einheitliche Datensatzbeschreibung für die standardisierte Speicherung aller digitalen Unterlagen in den Unternehmen festzulegen. Hierdurch würden die erforderlichen und von der Politik erwünschten Digitalisierungsvorhaben der Unternehmen massiv beeinträchtigt. Die Finanzverwaltung darf keinesfalls Datenverarbeitungssysteme und Datenstrukturen auf eine bestimmte Technologie, Architektur oder einen Stand der Technik „bis auf Weiteres“ festschreiben, vielmehr müssen diese hinreichend innovationsoffen technische und betriebliche Weiterentwicklungen erlauben. Weitere staatliche Vorgaben hinsichtlich der Speicherung von steuerlich relevanten Daten sind zudem nicht erforderlich, da die Betriebsprüfung auf die in den betrieblichen IT-Systemen abgelegten Daten zugreifen kann.

Auch gilt dies für einseitige Vorgaben der Finanzverwaltung hinsichtlich standardisierter Schnittstellen. Grundsätzlich begrüßen wir das Ziel, die elektronische Kommunikation zwischen Finanzverwaltung und Unternehmen zu digitalisieren. Verbindliche Standards für den Datenexport sollten jedoch gemeinsam mit der betrieblichen Praxis entwickelt werden und nicht einseitig von der Finanzverwaltung per Rechtsverordnung festgelegt werden.

Will der Gesetzgeber dennoch eine durchgängige, allumfassende Vereinheitlichung der betrieblichen Export- und Speichersystem durchsetzen, wie es der Gesetzentwurf suggeriert, dann sollte dieses klar und unmissverständlich formuliert und mit einer umfassenden Verhältnismäßigkeitsprüfung nebst Gesetzesfolgenabschätzung unterlegt werden. In diesem Fall ist aus unserer Sicht eine Rechtfertigung mit dem Hinweis auf eine „gleichmäßige und gesetzesmäßige Besteuerung“ nicht ausreichend. Zugleich könnte dieses Vorhaben, das milliarden-schwere Umstellungskosten für Unternehmen in der Corona-/Post-Corona-Zeit auslösen würde, allenfalls mit einem Vorlauf von mehreren Jahren eingeführt werden.

Im Vorfeld muss allen Beteiligten ausreichend Zeit zur Diskussion und Vorbereitung gegeben werden, wie es letztlich bei der E-Bilanz erfolgt ist und noch immer jährlich erfolgt. Für bestehende Buchhaltungen, die den neuen Vorgaben nicht entsprechen, müsste es Bestandschutz, jedenfalls aber eine hinreichend lange Übergangsfrist geben. Es zudem unklar, warum nur eine einzige Datensatzbeschreibung eingeführt werden soll und nicht als milderer Mittel zumindest eine einige Wenige zugelassen werden sollen, die bestimmte Rahmenvorgaben

der Finanzverwaltung erfüllen. In jedem Fall müsste die Ermächtigungsnorm noch an die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 80 GG angepasst werden, d. h. Inhalt, Zweck und Ausmaß mit größerer Bestimmtheit angegeben werden.

III. Ergänzender Regelungsbedarf

§ 10d EStG – Verlustrücktrag

Die Anhebung des Höchstbetrages beim Verlustrücktrag für die Veranlagungszeiträume 2020 und 2021 von einer Mio. Euro auf fünf Mio. Euro durch das zweite Corona-Steuerhilfegesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Viele Unternehmen dürften jedoch deutlich höhere krisenbedingte Verluste als fünf Mio. Euro erleiden. Deshalb wäre eine vollständige Berücksichtigung der Verluste beim Verlustrücktrag geboten. Darüber hinaus dürften die Verluste im Jahr 2020 in vielen Fällen weitaus höher als die Gewinne des Jahres 2019 ausfallen. Der Verlustrücktrag nach § 10d EStG ist jedoch nur in das unmittelbar vorangegangene Jahr, konkret also nur in das Jahr 2019 aus diesjähriger Sicht möglich.

Diese Begrenzung sollte entfallen und ein Verlustrücktrag in mehr als einen Veranlagungszeitraum ermöglicht werden, um den Unternehmen einen größtmöglichen Rücktrag ihrer krisenbedingten Verluste zu ermöglichen.

Petition: Das rücktragbare Verlustvolumen sollte noch weiter erhöht werden. Zumindest sollte der Rücktragzeitraum entsprechend den Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses des Bundesrats auf zwei Jahre – 2019 und 2018 – ausgedehnt werden (vgl. Nr. 9 der Strichdrucksache).

Thesaurierungsbegünstigung, Optionsmodell

Die Bitte des Wirtschaftsausschusses, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens noch eine Verbesserung der Thesaurierungsbegünstigung (§ 34a EStG) sowie die Einführung einer Option für Personengesellschaften, sich wie Kapitalgesellschaften besteuern zu lassen (sog. Optionsmodell), aufzunehmen (vgl. Nr. 69 der Strichdrucksache), fand im Plenum des Bundesrates keine Mehrheit.

Die Einführung eines Optionsmodells würde von der Wirtschaft grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig ist jedoch eine Modernisierung von § 34a EStG erforderlich, um die Eigenkapitalbasis von Personengesellschaften zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise zeigt sich, wie wichtig eine gute Eigenkapitalbasis der Unternehmen ist, um Krisen besser abfedern

und weiterhin Investitionen vornehmen zu können. Eine verbesserte Thesaurierungsbegünstigung böte einen größeren Anreiz, Gewinne im Unternehmen zu belassen und diese zu reinvestieren.

Petition: Die Modernisierung der Thesaurierungsbegünstigung, § 34a EStG, sollte zumindest noch zeitnah Gegenstand eines Gesetzgebungsverfahrens sein.

Korrektur Korrespondenzprinzip in Dreiecksfällen, § 8b Abs. 1 Satz 4 KStG

§ 8b Abs. 1 Satz 2 ff. KStG enthält für Gewinnausschüttungen ein Korrespondenzprinzip, wonach die Steuerfreistellung beim Gesellschafter davon abhängig ist, dass bei der zahlenden Gesellschaft kein Abzug erfolgt. Die Anwendung führt in grenzüberschreitenden Konstellationen zu sinnwidrigen Ergebnissen.

Beispiel:

Die deutsche Muttergesellschaft M-GmbH ist an zwei ausländischen Tochtergesellschaften T1 und T2 beteiligt. T1 überträgt ein Wirtschaftsgut zum Buchwert auf T2, was annahmegemäß nach dem ausländischen Steuerrecht zulässig sein soll.

Aus deutscher Sicht liegt bei der T1 eine verhinderte Vermögensmehrung vor, die zu einer verdeckten Gewinnausschüttung (vGA) an die M-GmbH führt. Diese wäre wegen § 8b Abs. 1 Satz 2 KStG voll steuerpflichtig.

Von der Anordnung der Steuerpflicht der vGA sieht § 8b Abs. 1 Satz 4 KStG eine Rückausnahme vor, wenn die vGA das Einkommen einer nahestehenden Person erhöht hat. Das ist bei der T2 der Fall, da sich die Buchwertfortführung bei ihr in nachfolgenden Besteuerungszeiträumen durch niedrigere Abschreibungen das Einkommen der T2 erhöht bzw. im Verkaufsfalle in Form eines höheren Veräußerungsgewinns. Die vGA wird auf diesem Wege also bereits bei der T2 versteuert. Eine Versteuerung der vGA bei der Muttergesellschaft würde zu einer wirtschaftlichen Doppelbesteuerung führen.

Nach ihrem Sinn wäre die Rückausnahme des § 8b Abs. 1 Satz 4 KStG hier gegeben, da sie wirtschaftliche Doppelbesteuerungen in Dreieckskonstellationen verhindern soll. Allerdings ist fraglich, ob der Wortlaut erfüllt ist, weil die vGA das Einkommen der T2 nicht im gleichen Besteuerungszeitraum, sondern erst im nachfolgenden erhöht.

Petition: In § 8b Abs. 1 Satz 4 KStG sollte klargestellt werden, dass die Einkommenserhöhung nicht zeitraumkongruent erfolgen muss.

Berücksichtigung von Währungskursverlusten, § 8b Abs. 3 Satz 4 KStG

Im Rahmen von Betriebsprüfungen werden Währungskursverluste, die im Zusammenhang mit Darlehensforderungen oder Cash Pool-Einlagen stehen, zunehmend als steuerlich nicht abzugsfähig und Währungskursgewinne als voll steuerpflichtig behandelt.

Zur bundesweiten Klarstellung und einer Beseitigung der fehlenden symmetrischen Besteuerung von Währungskursverlusten und -gewinnen sollte eine gesetzliche Neuregelung des § 8b Abs. 3 KStG in dieses Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden.

Sinn und Zweck des § 8 Abs. 3 Satz 4 KStG ist es, missbräuchlichen Gestaltungen entgegenzutreten. Bei diesen handelt es sich um Gestaltungen, mittels derer versucht wird, durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen die Abzugsverbote des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG zu umgehen.

Gewinnminderungen aufgrund von Wechselkursschwankungen sind jedoch offenkundig ausschließlich betrieblich und nicht gesellschaftlich veranlasst. Währungskursveränderungen üben einen exogenen Einfluss auf den Wert des Darlehens aus, der von den jeweils Beteiligten weder antizipiert noch beeinflusst werden kann. Mithin liegt keine missbräuchliche Gestaltung in Form fremdunüblicher Gesellschafterfinanzierung vor.

An der Erfassung von Währungskursverlusten sind daher erhebliche Zweifel angebracht, die sich sowohl aus dem Telos des § 8b Abs. 3 Satz 4 KStG als auch aus möglichen verfassungs- und europarechtlichen Bedenken ergeben.

Petition: Rechtsicherheit könnte durch eine zeitnahe und rückwirkende Ergänzung der Norm geschaffen werden. So sollte § 8b Abs. 3 KStG dahingehend ergänzt werden, dass die Sätze 4, 5 und 7 auf Gewinnminderungen keine Anwendung finden, soweit diese ausschließlich auf Kursveränderungen einer Fremdwährung beruhen.

Umsatzsteuerliche Behandlung des Handels mit Zertifikate nach dem Brennstoffhandelsgesetz (BEHG)

Das zum 1.1.2021 in Kraft tretende Brennstoffemissionshandelsgesetz (BGBI. I 2019, S. 2728) bildet den rechtlichen Rahmen für die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems für die Brennstoffemissionen aus den Bereichen Verkehr und Wärme. Dieses Emissionshandelssystem erfasst alle CO₂-Emissionen aus dem Einsatz von Brennstoffen, soweit diese Emissionen nicht bereits vom EU-Emissionshandel erfasst sind. Obwohl die Emissionszertifi-

kate in der Einführungsphase bis 2025 durch die zuständige Behörde zu einem Festpreis veräußert werden, ist es nicht ausgeschlossen, dass ein Weiterverkauf der Zertifikate stattfinden kann. Die umsatzsteuerliche Behandlung sollte dann bereits jetzt geklärt werden. Eine Versteigerung der Zertifikate ist erst ab 2026 vorgesehen.

Nach unserem Verständnis sollen im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems Emissionszertifikate übertragen werden. Emissionszertifikate stellen umsatzsteuerlich eine sonstige Leistung dar, die, wenn sie zwischen zwei im Inland ansässigen Unternehmen übertragen werden, steuerbar und steuerpflichtig zum Regelsteuersatz sind. Analog zum Reverse-Charge-Verfahren für die Übertragung von EU-Emissionszertifikaten sowie von Gas- und Elektrizitätszertifikaten sollte auch für die Brennstoffzertifikate das Reverse-Charge-Verfahren eingeführt werden.

Petition: Wir regen an, mit Beginn der Ausgabe von Brennstoffzertifikaten § 13b Abs. 2 Nr. 6 UStG um die Zertifikate nach dem BEHG zu erweitern, damit eine einheitliche umsatzsteuerliche Behandlung für alle Emissionszertifikate sichergestellt werden kann.